

Bezugspreis: Vierteljährlich 45.- M., monatlich 15.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 14. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Sabotageversuche der Industrie?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Ueber das Ergebnis der Verhandlungen Rathenaus in London wird auch weiterhin strengstes Stillschweigen gewahrt.

gewicht gebracht werden soll, bleibt nach wie vor offen. Hier ist unsere Auffassung, daß eine Erfassung der Sachwerte zu diesem Zweck unvermeidlich ist.

Keine Revision des interalliierten Finanzabkommens. London, 13. Dezember. (WZ.) Zu den Berichten der französischen Presse, nach denen Groß-Britannien geneigt sein soll, zum Vorteil Frankreichs das Finanzabkommen vom 13. August abzuändern, durch das die erste von Deutschland am 31. August gezahlte Milliarde Goldmark zwischen England und Belgien verteilt wird, erklärt Reuters nach Informationen von gut unterrichteter Seite, daß die Haltung der britischen Regierung unverändert sei.

Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Darmstadt, 12. Dezember. (WZ.) Auf der Konferenz der Wirtschaftsjuristen wurde in dem Bericht der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums weiter ausgeführt, die Entwertung der deutschen Wälua habe energische Maßnahmen zur Verhinderung des sogenannten Ausverkaufs Deutschlands notwendig gemacht.

Um die schädlichen Rückwirkungen, welche die Geldentwertung auf die Binnenwirtschaft ausübt, zu mildern, müsse neben den Bestrebungen auf Beschränkung der weiteren Wertentwertung auf eine Steigerung der Produktion und eine Verminderung des übermäßigen Verbrauches hingewirkt werden.

Da jedoch mit einem plötzlichen Umschwung der gegenwärtigen Hochkonjunktur gerechnet werden müsse, sei den öffentlichen Stellen empfohlen worden, vorübergehend jeden Antrag zurückzuhalten und auch die Notstandsarbeiten soweit wie möglich einzuschränken; jedoch seien schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, um für den Zeitpunkt dieses Umschwunges solche Notstandsarbeiten in vermehrtem Umfang wieder aufzunehmen und den Bedarf an Industriematerialien in vermehrtem Umfang in Auftrag zu geben.

Die allgemeine Aussprache, die sich an den Bericht des Reichswirtschaftsministeriums schloß, führte zu erfreulicher Uebereinstimmung über die schwebenden wirtschaftlichen Fragen. Es wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß vor einer Lösung der Reparationsfrage der Boden für eine gezielte Wirtschaftspolitik nicht vorhanden sei.

Wie wir hören, ist auch in Darmstadt zum Ausdruck gekommen, daß der Widerstand der Unternehmer die Frage des Ueberschichtenabkommens verzögert hat.

Konferenzschluß in Washington bis 31. Dezember? Alle britischen Delegierten auf der Konferenz haben Vorbereitungen getroffen, um am 31. Dezember nach Europa zurückzukehren, denn man hofft, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Konferenz die Hauptfragen, mit denen sie sich befaßt, erledigt haben wird.

Bonomis Vertrauensvotum.

O. L. Rom, 10. Dezember.

Es ist in hohem Maße bezeichnend für die innerpolitische Lage Italiens, daß vor jedem Vertrauensvotum die Totenfeier für das Kabinett von einem großen Teil der Bevölkerung ausgerichtet wird.

Diesmal ist aber der von Bonomi erzielte Erfolg wirklich nicht gering anzuschlagen. Nicht so sehr der beträchtlichen Stimmzahl wegen — 251 Stimmen für das Kabinett, 105 dagegen bei 66 Stimmenthaltungen — als wegen der verhältnismäßig festen Fügung der ministeriellen Mehrheit, die sich auf zwei große Gruppen: die Linksliberalen und die Klerikalen stützt.

Das gestrige Votum hat auch insofern gewissen Ansprüchen an Reinlichkeit und Klarheit Rechnung getragen, als sich die Opposition, je nachdem sie rechts oder links stand, verschieden verhalten hat: die Linke hat gegen das Ministerium gestimmt, die Rechte hat sich enthalten.

In der Diskussion ist eine ziemlich bizarre Sachlage zu Tage getreten: die Faschisten und die Kommunisten stellen sich auf den Standpunkt, daß man die Streitfrage am besten frei und ungehemmt zum Austrag kommen lassen solle.

Die Faschisten fühlen sich als die Stärkeren, weil sie — solange sie in Gewalt machen — mit Bedrohungen verfahren sind, denn ihre Aktion in den ländlichen Provinzen zielt direkt auf das Herz der dortigen Arbeiterbewegung und dient also lebenswichtigen Interessen des Großgrundbesitzes.

Und so geschieht es, daß im Gegensatz zu diesen Tendenzen, die den freien Bürgerkrieg im freien Staat verwirklicht sehen möchten, die Sozialisten, gerade und vor allem die Sozialisten, einen starken Staat fordern.

sozialistische Bestrebungen und Ideale der Kritik unterworfen, der Staat und die Staatsfunktionen werden bemängelt, nicht als das, was sie in der heutigen Gesellschaft sein können, sondern als das, was sie zur Überwindung dieser Gesellschaftsform sein sollten. Im Sinne dieser Kritik wird man nie einen starken Staat, sondern einen anderen Staat fordern. Oder aber man kritisiert den Staat und seine Leiter als das, was er selbst sein will, was er seinen eigenen Gesetzen nach sein soll. In diesem Sinne kann man dann von ihm fordern, daß er stark genug sei, seine eigenen Gesetze anzuwenden. Vor dieser Kritik hat die Regierung Bonomi nicht bestanden.

Ein starker bürgerlicher Staat ist durchaus nicht das Ideal der sozialistischen Partei, aber trotzdem ist das mindeste, was die Partei von der Regierung fordern kann, daß der Staat technisch soweit funktioniere, um den Schutz seiner Gesetze auch dem Proletariat zukommen zu lassen. Heute funktioniert er nicht so.

Von bürgerlicher Seite wird den Sozialisten vorgeworfen, daß sie selbst die Autorität des Staates untergraben, indem sie z. B. die Ausstände in den öffentlichen Diensten ermutigen. Ganz abgesehen davon, daß der ganze rechte Flügel der Partei diese Ausstände prinzipiell mißbilligt, steht dieses Messen der Kräfte auf einem ganz andern Blatt. Wenn der Staat aus einem Vorstoß zur Wahrung proletarischer Interessen geschwächt hervorgeht, ärmer an Autorität, so besteht das für die Partei nur, daß er den verschobenen Machtverhältnissen durch eine neue Gesetzgebung Rechnung tragen muß, wenn er nicht an der eigenen Schwäche hinfiechen will. Von dem Staate fordern, daß er die bestehenden Gesetze zum Schutz von Leben und Besitz seiner Bürger durchführt, steht auf einem ganz andern Blatt.

Auf alle Fälle gibt das Vertrauensvotum der Regierung Bonomi Gelegenheit, zu zeigen, was sie will und was sie kann. Das Stehenbleiben auf der „goldenen Mittelstraße“ zwischen Sozialisten und Nationalisten bringt den Karren nicht vorwärts. Will man die Löhne abbauen — und die Abmachungen der letzten Tage zeigen, daß die gewerkschaftliche Abwehr dies nicht verhindern kann —, so muß man das beständige Steigen der Lebensmittelpreise verhindern, sonst treibt man die Arbeiterklasse zu verzweifelten Schritten. Die Hälfte aller Kommunalverwaltungen des Landes entzieht sich dem Bankrott nur dadurch, daß sie wesentliche Aufgaben ganz unerfüllt läßt. Die sogenannten „Reform der Bureaucratie“, die ein Drittel aller Staatsbeamten binnen kurzem des Dienstes enthebt, wird Scharen arbeitsloser Glieder des Mittelstandes den proletarischen Arbeitlosen zugesellen. Ohne eine Erstickung des industriellen Lebens ist diese Waffe nicht aufzufangen. Wie aber soll Italiens Industrie erstarren, solange Mark und Krone durch einen automatischen Dumpingprozeß keine industrielle Produktion ersetzen müssen?

Es ist keine Kleinigkeit, diesen Aufgaben gegenübergestellt zu werden, auch wenn einem eine parlamentarische Schonzeit bewilligt wurde. Und vielleicht wurde die Schonzeit eben nur deshalb bewilligt, weil es niemand danach gelüstete, sich an so schwerer Aufgabe zu messen.

## Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Reichstagsrat des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Geschäftsplan für diese Woche. Die Plenarsitzungen sollen am Sonnabend dieser Woche zu Ende gehen. Erledigt sollen noch werden das Schulgesetz in erster Lesung, das Ortsklassenverzeichnis, die Kohlen- und Tabaksteuer, das Gesetz gegen die Kapitalflucht, die Gesetze über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, über Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern, über Neuordnung der Zulagen in der Unfallversicherung, über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, über das Verfahren in Versorgungssachen, ferner die Befoldungsordnung für die eisenlothringischen Landesbeamten, die Interpellation über die Finanznot der Gemeinden, ein Gesetzentwurf über eine Neustaffelung der Einkommensteuer und das Gesetz über die Aenderung des

Grundlohnes in der Krankenversicherung, sowie der Bericht des Untersuchungsausschusses über den Hungerstreik in der Strafanstalt Lichtenburg. Der Nachtrag zum Haushaltsplan wird dem Hauptauschuß überwiesen werden, so daß eine Aussprache über die Reparationsverpflichtungen erst in zweiter oder dritter Lesung stattfinden wird. Der Reichstagsrat wird dazu erst in öffentlicher Sitzung nach Statfinden der Verhandlungen im Auschuß das Wort ergreifen.

## Sozialdemokratie und Ortsklassengesetz.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, für die Enklos-Annahme des Ortsklassengesetzes einzutreten. Dieser Beschluß wurde unter der Voraussetzung gefaßt, daß ein Reichstagsauschuß eine Nachprüfung zur Beseitigung der zweifellos vorhandenen Ungerechtigkeiten des Ortsklassengesetzes vornimmt.

## Annektionisten-Propaganda im Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird uns mitgeteilt: Die Saarregierung hat den Vorstandsvorstreitern der deutschen Zentralgewerkschaften der Bergarbeiter und Eisenbahner die Einreise in das Saargebiet verboten. Wohl um diese autoritäre Maßnahme, die allerhand Aufsehen erregt hat, zu „rechtfertigen“, muß der im Dienste der französischen Propaganda stehende „Saar-Kurier“ eine Anzahl führender Mitglieder der Reichssozialdemokratie und der freien Gewerkschaften als mehr oder weniger verkappte alldemokratische Annektionisten hinstellen. Ausgerechnet das Blatt der französischen Annektionisten beschuldigt unsere Parteigenossen Hermann Müller, Böbe, Hue und Stampfer der Annektionslust. Dem Genossen Hue, der vor einiger Zeit einigen überkritischen Frontenfreunden in die Parade gefahren ist, wirft das französische Annektionistenblatt vor, er habe die alldemokratischen Groberwerbungen auf das Eisenbahngebiet Sargang und Bries unterstellt. Ein dümmere Schwindel konnte nicht ausgeheckt werden. War es doch gerade Genosse Hue, der sich mit großer Schärfe gegen die schwerindustriellen Groberwerbepolitiker wandte und dem deshalb während des Krieges im Saargebiet verboten wurde, in Versammlungen über annektionistische Fragen zu sprechen. Daß das französische Annektionistenblatt ausgerechnet den Genossen Hue als Annektionist der Saarbevölkerung zu denunzieren versucht, zeigt, in welcher lächerlichen Verlegenheit sich die Macht-haber gegenüber den Protesten der Saarbevölkerung gegen die französische Annektionspolitik befinden. Damit die Ausnahmemaßregel gegen die deutschen Gewerkschaftsführer recht markant hervortritt, hat die lächerliche Saarregierung keine Einwände erhoben gegen die Einreise kommunistischer und anarchistischer Agitatoren. Diese dürfen im Saargebiet Versammlungen abhalten. Kürzlich gab hier auch der bekannte anarchistische Syndikalist Fröh Rater aus Berlin eine Separatvorstellung. Es veranlaßt aber, daß infolge eines Winkes aus Paris die Saarregierung veranlaßt worden ist, die Einreise kommunistischer und anarchistischer Agitatoren zu verbieten. Schade! Unferretwegen hätten die verehrlichen Moskauer und Syndikalisten noch recht viele Gastrollen im Saargebiet geben dürfen. Sie passten nämlich ganz vortrefflich in das autoritäre Regime, unter welchem die Saarbevölkerung heute leidet. Uebrigens ist der Redakteur des neuen Saarkuriers, ein Herr Weber, eingetragenes Mitglied der U.S.P. Sein Einfluß auf die allerdings außerordentlich zusammengeschrunzte U.S.P.-Gruppe in Saarbrücken ist keineswegs unbedeutend. Die U.S.P. darf zu ihrem ausgezeichneten Mitglied, Herrn Weber, journalistischer Vertrauensmann der französischen Annektionisten, allerwärmstens beglückwünschen werden.

**Tabakarbeiter und Tabaksteuer.** Im Reichstagsauschuß für Verbrauchsteuern wurde am Dienstag die Tabaksteuer weiter beraten. Ein Antrag Niedmüller (So.) fand ebenfalls Annahme, wonach die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe beschäftigt gewesenen Angestellten und Arbeiter, die nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb der nächsten drei Jahre nach seinem Inkrafttreten entweder vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, Unterstützung bis zu einem Jahre aus der Reichskasse erhalten sollen.

## Die neuen Postgebühren.

Giesberts über die Umstellung des Postwesens.

In der Sitzung des Reichsrats am 12. Dezember, in der die weitere Erhöhung der Postgebühren auf das Doppelte der Vorkriegszeit beschlossen wurde, führte Reichspostminister Giesberts folgendes aus:

Das Reichspostministerium ist vom Reichsfinanzministerium aufgefordert worden, das Defizit aus seinem Haushalt schon für 1922 zu beseitigen. Dieses Verlangen stützt sich im wesentlichen darauf, daß, solange die Verkehrsbetriebe des Reichs Milliardenzuschüsse aus der allgemeinen Finanzverwaltung erhalten,

ein Entgegenkommen der Entente

bei den sogenannten Reparationsleistungen kaum zu erwarten ist. Sie macht ein solches Entgegenkommen vielmehr davon abhängig, daß die Reichsfinanzen durch Steuern und die Reichsverkehrsbetriebe durch Erhöhung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben saniert werden. In dieser Zwangslage sehe ich mich genötigt, den Reichsrat zu bitten, die Postgebühren nunmehr in dem Verhältnis von 1:20 festzusetzen. Im allgemeinen glaube ich sagen zu dürfen, daß bei unverändert bleibenden Wirtschaftsverhältnissen die neue Erhöhung des Posthaushalts ins Gleichgewicht bringen wird. Diese Gebührenerhöhung hat

eine merkwürdige Vorgeschichte.

Im Frühjahr 1921 glaubten wir, mit dem 60-Pf.-Brieftarif auskommen zu können. Der damals einsehende Preisabbau verleitete uns zu der optimistischen Auffassung, daß, wenn auch das Defizit nicht vollständig gedeckt werden würde, doch infolge allmählicher Verbesserung unserer Saluta und eines weiteren Sinkens der Preise in Verbindung mit der Einschränkung und Vereinfachung von Betriebseinrichtungen und der Beringerung des Personals die Ausgaben sich so ermäßigen ließen, daß vielleicht schon im Jahre 1922 ein gewisses Gleichgewicht im Posthaushalt eintreten würde. Das finanzielle Ergebnis dieser Tarifserhöhung hat uns nicht enttäuscht. Es stellt sich sogar noch besser, als wir angenommen hatten. Dagegen sind unsere Hoffnungen auf eine günstigere Preiswirtschaft nicht eingetroffen.

Die einsehende Steigerung aller Materialpreise

und die Erhöhung der Teuerungszuschüsse für das Personal nötigten uns von neuem, an eine Erhöhung der Tarife heranzugehen. Der Vorschlag der Postverwaltung, hierbei das Verhältnis von 1:10 zugrunde zu legen, war im Verkehrsbeirat eben angenommen, als die jüngste Befoldungsaufbesserung eintrat. Bei der Post war die Wirkung die, daß selbst ihre Mehreinnahmen jetzt nicht einmal zur Deckung dieser Ausgaben genühten. Auch bei Zugrundelegung des Gebührenverhältnisses von 1:15 verblieb noch ein Defizit von ungefähr 2 Milliarden Mark. Um den Verkehr und das Wirtschaftsleben nicht unnötig zu belasten, glaubten wir, mit diesen 2 Milliarden Defizit uns abfinden zu sollen, in der Hoffnung, durch weitere Ersparnisse im Betriebe und die Folgen einer Verkehrszunahme den Etat stufenweise verbessern zu können. Die Aufforderung des Reichsfinanzministeriums, den Posthaushalt schon jetzt zu balanzieren, schafft

eine neue Lage.

Es wird von der Post schon seit dem Kriege fortgesetzt erhöhte Sparmaßnahmen verlangt. Die Postetats der letzten Jahre sind so knapp gehalten, daß sie kaum noch zur Befriedigung des künftigen Bedarfs ausreichen. Dabei hat ein allgemeiner Verkehrsrückgang bei der Post nicht stattgefunden. Der eigentliche Postverkehr ist schon nahezu wieder auf der Höhe der Vorkriegszeit angelangt. In der Telegraphie, im Fernsprech- und Funkwesen, sowie im Postkassenverkehr sind sogar beträchtliche Verkehrssteigerungen zu verzeichnen. Das bedingt naturgemäß eine Vermehrung der Arbeitsträfte, so daß sich schon hieraus das Mehr an Personal gegenüber der Vorkriegszeit zum Teil erklärt. Da ferner bei der Eisenbahn bereits vor dem Kriege in ihren einen bedeutenden Teil des Personals beschäftigenden Werkstätten die neunstündige Arbeitszeit bestand, während für das untere Postpersonal der Wochenstundenplan einschließlich der Sonn- und Festtage 60-69 Dienststunden umfaßt, erforderte die Durchführung der 48-Stunden-Woche bei der Post eine im Verhältnis größere Vermehrung des ständigen Personals. Bei den aus der Kriegszeit übernommenen Hilfskräften, die teils aus sozialen Gründen wegen der in den Jahren 1919 und 1920 herrschenden großen Arbeitslosigkeit, teils wegen der Demobilisierungsvorarbeiten zunächst weiterbeschäftigt werden mußten, haben seit Frühjahr 1921 umfangreiche Entlassungen eingesetzt. Seitdem wird dauernd der Personalbedarf bei den Dienststellen der Verwaltung nachgeprüft und

## Die Not und die Gerechtigkeit.

Von Max Forzig.

Müde strich die Not durch die Straßen der Stadt. Drohend streckte sie die dünnen Arme aus gegen die trostigen Passanten. Ihr war übel von den vielen Armeleuten, die sie aufzusuchen hatte. Ins Unendliche war ihre Aufgabe gewachsen. Kein Haus blieb von ihrer Gegenwart verschont — nur diese prächtig hingestellten Gebäude konnte sie nicht betreten. Dort hätte der Ueberfluß alle Räume. Seine robuste Gestalt machte jede Annäherung unmöglich.

Und doch hätte auch sie sich gern einmal an den vollen Tisch gesetzt, hätte das schmagende Behagen der Bewohner der Prunkpaläste einmal in glitzerndes Entsetzen verwandeln mögen. Besonders hätte sie jenem hochmütigen Kriegsgewinnler, der mit dem Laster und der Gemeinheit tafelte, den die Schamlosigkeit bediente, der so hochmütig auf ihre treuen Freunde, die Arbeiter, die Besitzlosen herabblitzte, diesen fetten Kriegsgewinnler hätte sie, die Not, gar zu gern einmal in ihre dünnen Arme gepreßt, bis ihm der fettsüß Atem ausging. —

Aber der Ueberfluß grinst ihr höhnisch entgegen. Über seinen Armen schaukelten sich sichernd das Baskett und die Gemeinheit. Die Herzlosigkeit aber hatte dicke Stachelbrüste um den Brunnbau gezogen, und die Schamlosigkeit schleippte an Genüssen vorbei, was nur irgendwie aufzutreiben war. Lüge und Uberglauben stellten Maschinengewehre und Flammenwerfer hinter den Stachel-draht. Große Schilder aber verkündeten von allen Ecken: „Heilig ist das Eigentum.“

Die Not schlich sich zurück in die Straßen der Vorstadt. Auf halbem Wege begegnete ihr die Gerechtigkeit.

„Einen Augenblick, ich sehe dich an, Gerechtigkeit, begleite mich.“ bat die Not. —

Es mußte etwas in Stimme und Gebärde der Not liegen, das die Gerechtigkeit zwang, der Bitte zu entsprechen. Es war sonst nicht ihre Art, auf die Stimme der Not zu hören — allzu häßlich klang ihr diese.

Jetzt aber raffte sie ihr prächtiges Kleid, um mit dem Schmutz der Vorstadt nicht in Berührung zu kommen, und ging mit der Not durch einige Gassen, begleitete sie in einige von der Armut besetzte Häuser. —

Wichtige Kinder hoben zitternd die Hände auf zur Gerechtigkeit. Welche, müde Mütter knieten vor der Gerechtigkeit nieder und flehten, nicht für sich, nur für die Kinder. Selbst die Väter, die trotzig und zornig blinzelten, vergaßen ihren Stolz und gaben der Gerechtigkeit gute Worte.

Sie alle sahen wohl die ringgeschmückten Finger, sahen das Perlenhalsband, die geschminkten Wangen und die scharfen Augen. Dennoch erwartete ihnen allen ein Hoffnungspunkt, der sie an eine Selbstbefreiung der zur Dirne gewordenen Gerechtigkeit glauben ließ.

Die Gerechtigkeit erschau, als sie das Elend sah. Noch nie hatte sie den dichten Schleier zu lüften versucht, der sie zwischen sie und die Welt der Hoffnungslosigkeit gehoben hatte. —

anfanglich vom festen Willen befeuert gewesen, ihre heilige Mission ohne Ansehen der Person zu erfüllen. Aber der Lodungen waren zu viele. Bald wurde sie launisch und flatterhaft.

Einmal mißbrauchte sie die Gewalt und nahm ihr den letzten Rest von Scham. Dann machte sie der Besitz zur Dirne. Schließlich ward sie jedem feil, der sie bezahlte. Allen ward sie käuflich, nur der Armut nicht.

Das alles ging der Gerechtigkeit jetzt durch den Sinn. Aber die Scham hatte sie reslos verloren. Nur ein Fünkchen Mitleid regte sich in einer entlegenen Herzenskammer.

Sie ließ die Not bei der Armut zurück, eilte zum Ueberfluß, war ihm rasch zu Willen und verberg das reiche Geschenk dafür im Gewand.

Dann eilte sie, so schnell sie ihre Füße trugen, zur Armut zurück. Die Not lauerte noch immer in der Ecke der dumpfen Stube.

Der Tod grinst zum Fenster herein. —

Als die Gerechtigkeit zu den armen Menschen zurückkehrte, trieb ein Schimmer von Freude über die blauen Gesichter.

„Ich bringe euch die Wohltat,“ sagte die Gerechtigkeit, zog die erhaltenen dreißig Silberlinge aus der Tasche und legte sie mit stolzer Gederfreude vor die Armut hin.

Wierig wollten die schmalen, bleichen Kinderhände nach den blinkenden Geldstücken greifen. Auch die Mutter erschloß von der Wohltat eine Erleichterung ihrer trostlosen Lage für die nächste Zeit.

Im Gesicht des Mannes aber arbeitete es von verhaltenem Zorn. Schwer schlug seine Hand auf den Tisch, daß es in allen Fugen drachte.

Dann raffte er die Geldstücke, den Schandlohn der Dirne, vom Boden auf, spuckte der Gerechtigkeit mitten ins Gesicht und schleuderte mit einem wilden Fluch die dreißig Silberlinge zum Fenster hinaus.

Die Armut und die Not aber rissen ihr den Hüttertram vom Leibe, bis sie völlig nackt vor den Menschen stand.

Und es zeigte sich, daß alles falsch an ihr war. Von eklehaften Krankheiten war der ganze Leib zerfressen.

Nun jagten sie alle diese Gerechtigkeit unter gotteslästerlichen Flüchen aus dem Hause der Armut.

„Undankbares Gesindel,“ schrie die Gerechtigkeit in den höchsten Tönen zurück. Dann eilte sie in die Arme des Besitzes, der sie bald wieder mit neuen Prunkgewändern bedeckte. —

Der arme Mann aber tröstete Weib und Kinder und versprach ihnen eine neue Gerechtigkeit, die gesund und ohne Falsch sei — und der Mann ging hin und ward Sozialdemokrat. —

**Erziehung zur Staatsbürgerlichen Verantwortung.** An der Deutschen Hochschule für Politik wurde gestern durch den Vertreter des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, Ministerialdirektor v. Seefeld, die „Berufspädagogische Woche“ eröffnet, und zwar unter so starkem Andrang aus den Kreisen der Fach- und Berufsschulen, daß eine Wiederholung des Kursus sich sofort als notwendig erwies.

Ministerialdirektor v. Seefeld wies darauf hin, daß das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung sich nicht in einer staatsbürgerlichen Belehrung erschöpfen könne, sondern zur Erweckung der staatsbürgerlichen Verantwortlichkeit führen

musse. Wenn auch in der Frage der methodischen Behandlung des Stoffes keine wesentliche Veränderung erforderlich sei, so gelte dies um so mehr für den Inhalt des zur Behandlung kommenden Gesetzes- und Rechtsstoffes, der in seiner Tragweite und Mannigfaltigkeit zu erlassen selbst für die Fachleute eine schwierige Aufgabe bedeute. Um so dankbarer sei es daher zu begrüßen, daß die Deutsche Hochschule für Politik es unter Vereinstellung ihrer Einrichtung auf Anregung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe unternommen habe, in einem sorgfältig zusammengestellten Vortragsprogramm die wichtigsten Fragen auf diesem Gebiete für die Zwecke der unterrichtlichen Berwertung an Fach- und Berufsschulen behandeln zu lassen. Besonderer Dank gebühre auch den bei der Mitarbeit im neuen Staatswesen an hervorragender Stelle bewährten Männern, die als erste berufen sind, aus der Fülle ihrer Erfahrungen einen einseitigen Ueberblick über die zur Erörterung stehenden Fragen zu geben. Im Anschluß hieran begann Reichsminister a. D. Dr. Koch mit seiner Vorlesung über die Grundzüge der deutschen Reichsverfassung. Unter den anderen Vortragenden befinden sich auch Staatsminister Dr. Sämisch und Staatsminister Dr. Drews.

**Österreichs letzter Leutnant.** Im österreichischen Nationalrat wurde dieser Tage ein Bericht über die Chargenzusammenlegung der letzten österreichischen Armee vorgelegt. Das Verzeichnis zählt die gesamten 1467 Offiziere wie folgt auf: 5 Oberstbrigadiere, 230 Obersten, 357 Oberleutnants, 410 Majore, 312 Hauptleute, 144 Oberleutnants und 1 — einen — Leutnant.

Ein einziger einsamer Leutnant für die ganze österreichische Armee! Da haben wir es in Deutschland doch besser. Uns ist der Leutnant nicht nur in zahlreichen Exemplaren, sondern auch in einer Qualität erhalten geblieben, die noch immer mit Hadenschnitt und Monokel allen Anforderungen eines wirklich gediegenen Militarismus genügt. Den Österreichern aber raten wir, ihrem letzten Leutnant bei Lebzeiten die Wohlthaten eines rationalen Naturschutzes angedeihen zu lassen und das Exemplar nach seinem Ableben aut konserviert im Zoologischen Museum unterzubringen.

Der „blaue Vogel“ des Mount Everest. Die Sammlungen von seltenen Vögeln und Pflanzen, die die englische Expedition bei der verheerenden Besteigung des Mount Everest zusammengebracht hat, ist nunmehr in London eingetroffen, und es befindet sich darunter auch ein eigenartiger „blauer Vogel“, der von den Eingeborenen als ein Glücksbringer angesehen wird. Der Fund dieses Märchenvogels, der die Erinnerung an Maeterlincks schönes Drama wachruft, erschien auch der Expedition als ein günstiges Omen für die glückliche Begabung des höchsten Berges der Welt. In der Sammlung befindet sich außerdem ein Sperling, der in einer Höhe von 18 500 Fuß gefangen wurde, sodann verschiedene Vögelarten, Bachstelzen, wespelartige Rostelchen, Dohlen, Rot- und Blausinken. Außerdem gehören zahlreiche Kästen mit Vögeln, unbekanntem Schmetterlingen und Insekten, Fliegen und Bienen sowie Frösche, Fische und einige Säugetiere zu dieser Sammlung. Unter botanischen Gegenständen befinden sich verschiedene von Jarm. der Keilten gehörige Pflanzen, die in einer Höhe von 20 400 Fuß über dem Meeresspiegel gefunden wurden, verschiedene Primelarten und Zwergrhododendren. 116 Pakete mit Samen kamen in gutem Zustande an.

# Frankreichs Intrigen am Rhein.

## Köster über die Pfälzer Vorgänge.

neu festgestellt. Zweifellos wird bei Annahme der letzten Gebührensätze ein Rückgang im Verkehr eintreten, der weiteres Personal entbehren macht. Die Entlassung von Arbeitern und Hilfskräften wird im übrigen nach Grundätzen gehandhabt, die vorher mit den Organisationen und dem Zentralbetriebsrat vereinbart worden sind.

Wenn man von der Post- und Telegraphenverwaltung jetzt eine Wirtschaftlichkeit des Betriebes unter Vermeidung von Fehlbeträgen verlangt, müßten ihr ihre

### Leistungen auch entsprechend vergütet

werden. Das geschieht aber in mehrfacher Hinsicht teils überhaupt nicht, teils in ganz unzulänglicher Weise. So bezieht die Post für die jährliche Auszahlung aller Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten von über 965 Millionen Mark in 32 Millionen einzelnen Abhebungen keinerlei Vergütung, während sie für die Auszahlung der Militärrenten von 3075 Millionen Mark weit unter den Selbstkosten bezahlt wird. Bösartig unzulänglich ist ferner die Bezahlung für den der Post übertragene Betrieb der Versicherungsmarken, statistischen Verzeichnisse, Umsatz-, Einkommensteuer- und Wechselstempelmarken, deren Abschlag für 1920 3296 Millionen Mark betragen hat. Der jährliche Fehlbetrag der Post aus diesen Leistungen berechnete sich auf mehrere hundert Millionen Mark. Wollte man außerdem der Post ihre

### Leistungen im Zeitungsdienst

sowie für die dringenden Pressegespräche und Pressetelegramme nach den Selbstkosten bezahlen, so könnte sie hieraus eine Mehreinnahme von über 1/2 Milliarde Mark verzeichnen.

Die Rot des Vaterlandes erfordert es, das Gleichgewicht im Posthaushalt herzustellen. Es ist aber auch nötig, daß der Post-, Telegraphen- und Fernsprechtbetrieb wieder auf eine möglichst vollkommene Höhe heraufgebracht wird. Deshalb wird von der Postverwaltung alles darangesetzt werden, den Betrieb weiter zu verbessern und wieder auf die alte Höhe zu bringen.

## Der neue Preussische Etat.

Der preussische Staatshaushaltsplan für 1922 wird heute beim Staatsrat eingebracht. Der äußere Eindruck des neuen Haushaltsplans ist der der stärksten Einschränkung auf das unumkehrbar notwendige und die Vermeidung aller nur irgendwie entbehrlichen, nicht durch unabwendbaren Zwang gebotenen Ausgaben.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 29 131 269 882 M. Die Erzielung des Gleichgewichts zwischen Einnahme und Ausgabe ist ohne Aufnahme einer Anleihe möglich gewesen. Von den Ausgaben entfallen auf das Ordinarium 18 817 606 951 M. und auf das Extraordinarium 10 313 662 931 M. Gegenüber den Abschlußjahren des Staatshaushaltsplans für 1921 ergibt sich nach Ausschreibung der größeren durchlaufenden Posten von 5976 Millionen Mark für 1921 und von 14 612 Millionen Mark für 1922 eine Steigerung von 3 519 Millionen Mark. Der Vorbericht zum Haushaltsplan bemerkt noch dazu, daß die Abschlußjahren des vorliegenden Haushalts sich auf etwa das 7/8fache des letzten Friedenshaushalts von 1914 belaufen. Da gegenwärtig der Wert der Mark im Inlandsverkehr auf etwa den 15. Teil des damaligen Standes gesunken ist, so ergibt sich, daß die Haushaltsansätze der Geldwertwertung erst zur Hälfte gefolgt sind.

Von besonderem Interesse ist, daß bei der allgemeinen Finanzverwaltung eine Einnahme von 948 Millionen Mark aus der Steuer vom Grundvermögen eingestellt ist. Es handelt sich hier um den voraussichtlichen Ertrag der neuen Grundsteuer, deren Entwurf jetzt dem Landtage zugegangen ist. Ferner erscheint dort eine Einnahme von 140 Millionen Mark aus der noch zu schaffenden Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Von einzelnen Details ist noch zu erwähnen, daß die Domänenverwaltung gegenüber dem Vorjahr einen Mehrüberschuß von rund 9 Millionen, die Forsten einen Minderüberschuß von 35 Millionen Mark erbringen, während die Gesteine einen Mehrzuschuß von 7,7 Millionen verlangen. Die Lotterien erbringen 7,2 Mill. Mark Mehrüberschuß, die Preussische Staatsbahn einen Minderüberschuß von 7,7 Millionen, die Münze einen Mehrüberschuß von 700 000 Mark. Die Bergwerke, Häfen und Saisinen erbringen 13,3 Millionen Mark Minderüberschuß, während der Reichs- und Staatsanzeiger einen Mehrüberschuß von 344 000 M. und auch die Porzellanmanufaktur und das Gesehamsamtsamt kleine Ueberschüsse erbringen sollen.

**Deutsches Theater.** Ein großer Abend, reich an Eindrücken: Max Reinhardt hatte das „Traumspiel“ Strindbergs neu inszeniert. Man wurde, sich nach den vielen Enttäuschungen der letzten Zeit wieder klar, welche Kraft und Berliner Theaterleben allzu gewaltig fernbleibt. Der Abend war auch eine Anerkennung der Frau Thimig, die zu einer neuen Verinnerlichung ihrer Talente emporgewachsen scheint. Ueber die moralische Gespensterei dieses Stückes und über die schauspielerischen Methoden soll morgen mehr gesagt sein. R. H.

## Der Rapp-Putsch.

Ein Schulaussatz von Michels-Jüngsten (s. auch Ludendorff).

Es war ein Märztage. Der Morgen an diesem Märztage war aber kalt. So kalt, daß der große Ludendorff in seinem Bett eine Gänsehaut bekam und aufstehen mußte. Und weil es so schönes Wetter war, ging er spazieren. Und wie er so ganz zufällig in die Gegend von Brandenburg-Lor kam, kamen von Döberitz her eine ganze Menge Soldaten. Und Herr Ludendorff jagte ganz erstaunt zu sich selber: „A, sieh da, die viele Soldaten!“

Die Offiziere von den Soldaten aber hatte Herr Ludendorff früher einmal flüchtig kennen gelernt und er freute sich, sie hier zufällig wiederzusehen.

Und da waren noch ein paar Herren, die zufällig da spazieren gingen. Die hießen Rapp, Schiele und Jagow. Der letztere aber wollte man bloß die Neugierigen warnen. Aber wie sie so beisammen waren, bekamen sie Durst. Und weil alle Restaurants noch zu waren, luden sie in die Reichsfanzlei ein, ob da der Portier vielleicht einen Schnaps hätte. Aber die waren ganz leer, was ihnen und die Soldaten sehr wunderte. Da sagten sie, denn sie waren ja alle Patrioten:

„Jetzt müssen wir die Verfassung schützen!“

Und die meisten setzten sich hin und machten Erlasse und fummelten an dem Steuer von der Regierung. Bloß Ludendorff nicht, der ging mit Verbandspäckchen rum und verhäutete Blutvergießen.

Aber als sie ein paar Tage die Verfassung geschützt und die leere Reichsfanzlei vollgemacht hatten, erfuhr sie, daß die Regierung man bloß verweist war und sie auch nicht die richtige Verfassung hatten.

Und da entschuldigten sie sich und die Soldaten schossen noch ein paar Arbeiter tot und dann gingen sie alle wieder zu Hause.

Bloß Rapp machte eine Sommerreise nach Schweden. Und wegen die schlechte Baluta langte sein Geld nicht für ein Retourbillet.

Aber Ludendorff und die anderen haben nicht einmal einen Orden für ihre Vertretung der Regierung bekommen. Das ist gar nicht hübsch von der Republik.

Und jetzt stehen sie sogar vor Gericht, weil sie nicht die richtige Verfassung beschützt haben. Jeder deutsche Junge betet aber für ihre Freisprechung.

Und daß Herr Ludendorff doch noch seinen Orden kriegt.

**Verpackung des Breslauer Stadttheaters.** Das Breslauer Stadttheater soll nach einem Beschluß des Magistrats unter Auflösung der bisherigen kommunalen Regie verpackt werden.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden Anträge auf Strafverfolgung der Abg. Reich (Komm.) und Brodau (Dem.) dem Geschäftsausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung standen sodann eine Reihe kleiner Anfragen, darunter zwei sozialdemokratische Anfragen über französische Uebergriffe und Ausschreitungen im besetzten Gebiet, die von der Regierung beantwortet wurden. — Ohne Aussprache an den Hauptauschuß geht ein dritter Nachtragshaushalt und die Ergänzung zur Befoldungsordnung. — Ein Gesetzentwurf zur Verringerung der Lohnpfändung und betr. die Pfändbarkeit von Gehältern wird dem Rechtsauschuß überwiesen. — Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Börsengesetzes, wonach von jetzt ab auch Frauen zum Börsenbesuch zugelassen werden, wird in allen drei Lesungen angenommen. — Der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich um ein Jahr, wird angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Abänderungsvorlage des Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetzes. Danach können auch Frauen zu Mitgliedern der Gewerbe- und der Kaufmannsgerichte gewählt werden. Durch die Vorlage wird außerdem eine Gebührenordnung vorgenommen. Die Vorlage geht an den Sozialen Auschuß.

Ein Gesetzentwurf betr. Aufhebung vorübergehender Zoll-erleichterungen geht an den Steuerauschuß.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. — Die Vorlage geht an den Sozialpolitischen Auschuß.

## Die Vorgänge in der Pfalz.

Auf der Tagesordnung steht sodann eine Interpellation Dr. Stresemann (D. Sp.) über die Vorgänge in der Pfalz. Danach wurde am 31. August und 8. September der Versuch gemacht, die in der Pfalz eingesetzte Behörde ihrer Gewalt zu berauben. Eine rabulische Gruppe von ortsfremden Personen drang in das Regierungsgebäude ein und nahm eine Reihe von Gewalttaten vor. Die Vorgänge sollen sich der wohlwollenden Förderung des französischen Reichsdelegierten de Rey erfreut haben. Abg. Dr. Moldenhauer (D. Sp.) begründet die Interpellation und schildert die Vorgänge im einzelnen.

### Reichsminister des Innern Dr. Köster:

Es macht im großen und ganzen den Eindruck, als wolle Frankreich mit allen Mitteln das, was es im und durch den Friedensvertrag nicht hatte erzwingen können, vielleicht nun nach dem Friedensvertrag mit anderen Mitteln erreichen, vielleicht erschleichen. Vielleicht ist es nicht das Ziel des augenblicklichen französischen Kabinetts. Ich will nur das eine sagen: Die Politik, die wir an unserem Körper im Westen gespürt haben, die tatsächliche, die praktische Politik zeigt in diesen Jahren fast unverändert eine gleiche Linie; nämlich: Unter Ausnützung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Konjunktur die Verbindungen der Rheinlande mit Deutschland zu lockern,

### aus dem Rheinlande ein französisches Vorwort

zu machen und eine Politik zu ermaßlichen, wie sie Frankreich bis zu Thiers selten erfolgreich durchgeführt hat: Die Politik einzelner unabhängiger deutscher Staaten! Auch die Regierung betrachtet die Ereignisse in der Pfalz vom 31. August und 8. September nicht für sich, sondern als Glieder einer Reihe von Vorkommnissen der letzten Jahre, die sich nur erklären lassen, wenn man annimmt, daß gerade in der Pfalz französische Kräfte am Werke sind, denen jedes Mittel recht ist, die Pfalz von Bayern und vom Reich zu lockern und die jede Partei und jeden Augenblick auszunutzen suchen, diese Ziele Schritt für Schritt zu erreichen. Die Regierung weiß auch, daß im Frühjahr 1920 gewisse französische Kreise Fühlung mit der Bayerischen Königspartei gesucht haben (hört, hört!), und daß dieselben Stellen es nicht verläugern, jetzt mit kommunistischen Kreisen über dieselben Ziele Fühlung zu nehmen. Die französische Politik nutzt alles zu ihren Zielen aus. Sie heizt das Bürgertum auf mit der Angst vor dem Bolschewismus und die Kirche mit der Angst vor dem Sozialismus. Jede geistige und soziale Spannung innerhalb der deutschen Staatsbürgerschaft nützt sie aus. In den letzten Monaten scheint sie besonders gerechnet zu haben mit gewissen rabulischen kommunistischen Unterströmungen der pfälzischen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft der Pfalz hat gegenüber der großschichtigen

### Putschaktion des Generals Gérard im Jahre 1919

im entscheidenden Augenblick eine bewundernswerte Entschlossenheit gezeigt. Ich bin überzeugt, daß sie auch gegenüber den intrigen Methoden seines Nachfolgers die ruhigen Nerven behalten wird. Denn darüber ist kein Zweifel, daß die große Masse der Spener Arbeiterschaft am 31. August für die Demokratie und für die Republik zu demonstrieren gewillt war. Sie wußte nicht, daß sie damit zugleich fremden Interessen zu dienen bestimmt war, und daß sie kurze Zeit in der Tat am Gängelbande einiger dunkler Geistigen sich befand, von denen ich wohl annehmen darf, daß sie trotz ihres kommunistischen Namens von der kommunistischen Partei niemals gedacht werden. Die große Masse der Arbeiterschaft hat ihren Irrtum schnell erkannt und rücksichtslos die Konsequenzen gezogen. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß durch die Ereignisse im September und die Zusammenhänge, die wir in der Folge bloßlegen konnten, allen Parteien und sozialen Schichten in der Pfalz die große Verantwortung wieder zum Bewußtsein gebracht worden ist, die sie dort unten für ganz Deutschland zu tragen haben.

## Wirtschaft

### Zur Frage der Bezirkswirtschaftsräte.

Am 19. und 20. Dezember tritt der Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrats zu einer Sitzung zusammen, in der die beiden Referenten, Oberbürgermeister Michels und Rag Cohen, ihre auf Grund der bisherigen Beratungen und der Sachverständigenurteile gemachten Vorschläge unterbreiten werden. Die Vorschläge Cohens werden in der Frage der Zusammenlegung der Unterstufen (der Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern) eine parlamentarische Zusammenlegung dieser Berufsvertretungen fordern. Damit stellt sich Cohen auf den Boden der Auffassung, die von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Angestellten geteilt wird. Die von den Referenten gemachten Vorschläge haben folgenden Wortlaut:

**Zusammenlegung der Unterstufen der Bezirkswirtschaftsräte und der Bezirksräte.**

1. Die bestehenden Kammern: Landwirtschaftskammern, Handelskammern und Handwerkskammern werden, unter Zusammenlegung der zu kleinen Bezirke, durch Hinzuzugewinnung von Arbeitnehmervertretern zu paritätisch zusammengesetzten Berufsvertretungen für Landwirtschaft, Handel und Industrie und Handwerk ausgestaltet; sie sind die Unterstufen der Bezirkswirtschaftsräte und bilden die Wahlkörper für die Wahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu den Bezirkswirtschaftsräten.

2. Die Bezirkswirtschaftsräte (deren Mitgliedszahl nicht zu groß sein soll) bestehen aus drei gleich starken Abteilungen: Abteilung 1 (Arbeitgeber), Abteilung 2 (Arbeitnehmer), Abteilung 3

Sofort nach der Freilassung von Smeets haben sowohl der Reichskommissar für die besetzten Gebiete bei der Rheinlandkommission wie auch unsere diplomatischen Vertretungen bei den Alliierten protestiert, und es ist zu erwarten, daß dieser Schritt wieder rückgängig gemacht wird. Es ist außerordentlich rührend, daß General de Rey den verwundeten Arbeitern 3000 Mark geschenkt und sich so große Sorge gemacht hat um die Freiheiten des deutschen Volkes und um die Einigung der Arbeiterklasse. (Lachen.) Diese Vorkommnisse haben auch eine interessante rechtliche Seite. Die Deutsche Regierung wiederholt hier noch einmal, was sie der Rheinlandkommission schon so oft angezeigt hat, daß nach dem Abkommen vom 7. August 1919 die Delegierten der Rheinlandkommission sich darauf zu beschränken haben, den Geschäftsverkehr zwischen den deutschen und den Besatzungsbehörden zu erleichtern. Sie haben kein Recht, sich in innere Angelegenheiten deutscher Behörden einzumischen. In ihrer Proklamation am Tage der Uebernahme ihres Amtes hat die Rheinlandkommission selbst den Wunsch nach Zusammenarbeit in voller Harmonie ausgedrückt und den Grundlag ausgeprochen, daß sie nur Verbindungsorgan sein sollte. Ihr Vorsitzender Thirard hat das später bekräftigt. Das Herbeiführen einer fremden besetzten Macht zur Abwehr gegen eigene Landsleute ist und bleibt etwas Tiefbedauerliches. Es war auch im Rheinland nur möglich, weil die geschwächte deutsche Polizei mit eigenen Kräften die Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten konnte. Es muß aber vermieden werden oder darf nur dann erzwungen werden, wenn entweder Menschenleben oder die Autorität des ganzen Staates auf dem Spiele stehen.

### Die Weigerung der französischen Besatzungsbehörden.

in Speyer rechtzeitig eingegriffen, hat jedenfalls rein politische, und zwar französischpolitische Gründe gehabt. (Zustimmung.) Die Ereignisse in der Pfalz sind nur ein Auschnitt aus dem zähen Ringen, in dem die Rheinlande jetzt seit drei Jahren stehen und das im Friedensvertrage nicht vorgesehen war. Es ist hervorgerufen von der anderen Seite, die nur ein Ziel hat, mehr Macht, mehr Vorherrschaft, als der Versailler Friedensvertrag für Frankreich vorsieht. (Sehr richtig!) Frankreich hat die Macht der Boykotte, die Macht der Sanktionen, die Macht der Rheinlandkommission, es hat seine wirtschaftliche Position von Jahr zu Jahr zu bessern gesucht. Gegenüber diesen Nachmitteln haben wir nur wenig: Unser Recht und die Treue unserer Nation! (Beifall.) Der französische Angriff auf die Rheinlande hat den Aufbau Europas in den letzten drei Jahren verzögert, er verzögert ihn jetzt noch und wird ihn auch in Zukunft noch verzögern. Eine deutsch-französische Verständigung ist die wichtigste Vorarbeit für eine Veruhigung Europas. Die alten Instruktionen an die Bevollmächtigten der Rheinlandkommission müssen verkommen. Mit innerpolitischer Einmischung, mit Sanktionen und schwarzen Botenaktionen kann man keine Politik der Verständigung treiben. Ob der von mir gezeigte Weg der Weg ist, auf dem Europa gesundet, wissen wir noch nicht: Auf allen Wegen werden aber die Rheinlande ihre besondere schwere Last und Verantwortung zu tragen haben. Das Leid der Rheinländer muß zu dem Leid des ganzen deutschen Volkes werden. (Gebühfter Beifall.) Ich habe Vorkehrungen getroffen, von denen ich die Parteien demnächst unterrichten werde. Wenn Frankreich nicht will, daß die Rheinlande eine friedliche Brücke zwischen Deutschland und Frankreich im Rahmen der Politik bilden, wie ich sie vorher ausgezogen habe, dann sorgen wir wenigstens dafür, daß sie ein festes wirtschaftliches und geistiges Bollwerk der deutschen Kraft werden, bis zu dem Tage, wo sie auch politisch wieder zu Deutschland gehören. (Gebühfter Beifall.)

Darauf trat man in die Beforederung der Interpellation ein.

### Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.):

Die Demonstration vom 31. August gegen den politischen Nord und gegen die Ruhr-Regierung war eine gemeinsame Aktion der drei sozialistischen Parteien. Die Bilderstürmerei war aber eine Eigentum der Kommunisten. Ebenso wie der Generallirei und die Bildung einer neuen Regierung. Wir haben mit den Zielen der Kommunisten nichts zu tun. Die Kommunisten haben übrigens die besten Beziehungen zu den Franzosen im Saargebiet. Der Reichstag muß darauf hinarbeiten, daß die Ursachen solcher Verunstaltungen aus der Welt geschafft werden. Ferner muß Frankreich endlich auf die Propaganda für die rheinische Republik verzichten. Bel der Treue der Bevölkerung gibt es nur eine Methode, die zum Ziele führen würde: Die brutale militärische Gewalt. General de Rey ist den Pfälzern als Gegner bekannt und wird mit schärfster Wachsamkeit beobachtet. Er weiß, daß er sein Ziel schon deshalb nicht erreichen kann, weil meine Partei den schärfsten Widerstand leisten würde. Meine Partei erhebt schärfsten Protest gegen den französischen Eingriff im Falle Smeets, durch den die von uns gewünschte Politik der friedlichen Verständigung wieder erschwert wird. Die Sozialdemokratie erwartet, daß bei dem Urteil über die Vorgänge in Speyer die Richter vorlesen, sich in die Seele republikanischer Arbeiter hineinzuversetzen, die

nur aus Abhängigkeit an die Republik

sich zu unerlaubter Selbsthilfe haben hinreißten lassen. (Gebühfter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Str.): Der Hauptteil der Pfälzer Vorgänge weilt nicht mehr auf pfälzischem Boden, sondern in Straßburg. (Hört, hört!) Die Pfälzer werden sich die Ruinen des Heilbrunner Schlosses aus der Vergangenheit und die Vorgänge im Saargebiet in der Gegenwart immer als eindringliche Mahnung dienen lassen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Kleine Vorlagen, Steuervorlagen. Schluß nach 7 Uhr.

(freie Berufe, Beamte, Vertreter allgemeiner Interessen, Verbraucher).

Die beiden ersten Abteilungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden je von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Unterstufen gewählt, die dritte Abteilung von den Spitzenverbänden der betreffenden Organisation. Ein Drittel der Mitglieder der Abteilung 3 wird von der Regierung aus den Kreisen besonders hervorragender Wirtschaftskennner des betreffenden Bezirks ernannt.

Die Zusammenlegung im einzelnen wird durch die Satzung für den einzelnen Bezirkswirtschaftsrat bestimmt. Die Satzung bedarf der Genehmigung der Reichsregierung und des Reichswirtschaftsrats.

Für besondere Unternehmer- und Arbeiterangelegenheiten treten die Unternehmerräte der Bezirkswirtschaftsräte als Bezirksunternehmerräte, die Arbeitnehmervertreter als Bezirksarbeiterräte zusammen.

### Truppen in Süddeutschland.

Die Thunische Handelsgesellschaft, Mannheim, plant, in München ein Bureau für die Verarbeitung Bayerns mit einem Lager zu errichten und gleichzeitig Filialen in Würzburg, Augsburg, Bamberg und Regensburg einzurichten.

Der Stand der Mark war, wie bereits kurz berichtet, an der gestrigen Börse wieder unglücklich. Nach den amtlichen Notierungen erhöhte sich der Dollar von 165,93 auf 188,81, 100 holländische Gulden stiegen von 6148,86 auf 6715,25, 100 Sterling von 699,80 auf 794,20, 100 franz. Franken von 1333,65 auf 1548,45, 100 Schweizer Franken stiegen von 3246,75 auf 3786,25 M.

# Gewerkschaftsbewegung

## Reichstagung der Meiereiangeestellten.

Am Montag wurde im Hause des Deutschen Landarbeiterverbandes in Berlin die erste Reichstagung der auf freigewerkschaftlicher Grundlage organisierten und als Reichssekktion dem A. S. B. u. d. e. angehörenden Molkerei- und Käseerei-Fachleute abgehalten. Der Landwirtschaftsminister hatte einen Vertreter entsandt. Lipinski-Berlin referierte über

### Die Lage des Molkerei- und Käsegewerbes

und die Arbeitsverhältnisse in demselben. Redner schilderte die Entwicklung des Molkereiwesens in Deutschland, die durch die Erfindung praktischer Maschinen zur Milchverarbeitung gefördert wurde und mehr und mehr einen industriellen Charakter angenommen hat. Mit den technischen Verbesserungen hat jedoch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht Schritt gehalten. Der Beruf ist stark überfremdet infolge der immer noch grassierenden Lehrlingszucht. Die Arbeitszeit steht mit den gesetzlichen Bestimmungen keineswegs im Einklang. Bisher blieben alle Bemühungen, um hierin Wandel zu schaffen, vergeblich. Während in Berlin die Arbeitszeit 48 Stunden beträgt, sind Arbeitszeiten von vierzig bis zu 63 Stunden in Pommern, bis zu 73 1/2 Stunden in Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Auch hier gilt:

Je länger die Arbeitszeit, um so geringer der Lohn.

Im Regierungsbezirk Kassel und dem Freistaat Waldeck werden Monatslöhne von 140 bis 200 Mark bei freier Station gezahlt. Der Butterpreis betrug 1914 pro Pfund 1,60 M., der Monatslohn 40 M. 1919 war der Butterpreis auf 7 M. erhöht, das Gehalt auf 60 M. 1920 war das Verhältnis 12 M. und 80 M. Der Preiserhöhung um das Siebeneinhalbfache stand eine Gehaltserhöhung um das Zweifache gegenüber, wobei allerdings die Steigerung des Wertes der freien Station zu berücksichtigen ist. Tatsache bleibt dennoch, daß die Preissteigerungen den Landwirten fast ausschließlich zugute gekommen sind. Bei alledem ist das Angebot von Arbeitskräften sehr viel größer als die Nachfrage. Die älteren Gehilfen sind kaum unterzubringen. Die Arbeitsnachweise werden, soweit sie überhaupt noch bestehen, von den Arbeitgebern nicht gern in Anspruch genommen und die meisten Tarifverträge stehen fast nur noch auf dem Papier.

Rint-Wangen (Allgäu) beleuchtet die Lage des Gewerbes und der Arbeitsverhältnisse

### in Bayern, Württemberg und Baden.

In diesen Ländern sei das Gewerbe älter als im Norden und Osten Deutschlands. In Württemberg bestehe heute der Arbeitsnachweis nicht mehr. Ueber Lehrlingszucht habe man ebenfalls zu klagen. Bei den angerufenen Behörden sei man aus den „Erwägungen“ nicht herausgekommen.

Schurich-Leipzig referierte dann über die Reichsarbeitsgemeinschaft.

Schließlich wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Die Reichstagung der Meierei- und Käseerei-Angestellten macht die Öffentlichkeit und die für die Versorgung mit Milch und Milchproduktion verantwortlichen Behörden in letzter Stunde darauf aufmerksam, daß durch den Terror der Arbeitgeber dieses Berufes eine Situation geschaffen ist, die das Schlimmste für den Rückgang der Produktion befürchten läßt. Die Reichstagung erwartet daher, daß die zuständigen Ministerien

unverzüglich zusammen mit dem Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten, Sektion der Molkerei-Fachleute, als einziger in diesem Berufe vorhandener vom Arbeitgeber unabhängiger Interessentvertretung der Arbeitnehmer, Maßnahmen beraten und zur Durchführung bringen, die geeignet sind, eine Katastrophe zu vermeiden.“

„Die Reichstagung billigt die bisherige Haltung und Tätigkeit ihrer Vertreter in der Reichsarbeitsgemeinschaft und beauftragt dieselben, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft endlich einmal die erforderlichen Schritte zur Behebung der allgemeinen Notlage sowie der Mißstände im gesamten Arbeitsverhältnis unternimmt.“

Damit war die Tagung beendet.

## Die Verhandlungen im Hochbahnerstreit.

### Noch kein Ergebnis.

Die gestrigen Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissionar haben noch nicht zu einer Verständigung der Parteien geführt. Die Verhandlungskommission der Angestellten blieb auf dem Standpunkt, daß für sie der Spruch des Schlichtungs-

auschusses Groß-Berlin vom 9. Dezember die Grundlage der Einigung bilden müsse, während die Vertreter der Hochbahngesellschaft sich für den Schiedspruch im Arbeitsministerium erklärten. Die Äußerungen des Vertreters vom Demobilmachungskommissionar gingen dem Sinne nach dahin, daß für einen Teil des Schiedspruches vom 9. d. M. vielleicht die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden könnte. Schließend wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die Parteien bereit sind, unter Ausscheidung der bisherigen Schlichtungsversuche nochmals unverbindlich über eine Einigung zu verhandeln. Zu diesem Zweck werden sie heute um 11 Uhr zusammenkommen. Sollte keine Verständigung erreicht werden, so soll nochmals vor einem Schiedsgericht, unabhängig von allen Schlichtungsinstanzen und aus Vertretern beider Parteien zusammengesetzt, unter dem Vorsitz eines Unparteiischen verhandelt werden.

Den Verhandlungen ging eine Versammlung der Streikenden voraus, die auf 2 Uhr nachmittags nach der Bodendruckerei einberufen war. Simann und Knobel erklärten, daß es ihnen und den anderen Mitgliedern der Verhandlungskommission leider wegen der Verhandlungen beim Demobilmachungskommissionar nicht möglich sei, in der Versammlung zu verbleiben. Die Versammlung möge zusammenbleiben, bis die Kommission über das Ergebnis berichten könne. Die Funktionäre blieben zusammen, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen. Dieser wurde nach Rückkehr der Kommission von Knobel (vom Verkehrsband) erstattet. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Heute abend wird sich eine neue Funktionärskonferenz mit dem Ergebnis der heutigen Verhandlungen beschäftigen und die notwendigen Beschlüsse fassen.

## Annahme des Schiedspruchs im Bankgewerbe.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten teilte dem Reichsverband der Bankleitungen mit, daß Zentralverband und Reichsbeirat seiner Organisation den Mitgliedern empfohlen haben, dem gefällten Schiedspruch unter dem Vorbehalt ihre Zustimmung zu geben, daß über eine Beihilfe an die Angestellten, die der Teuerung Rechnung tragen soll, sowie über eine bessere Berücksichtigung der jugendlichen und der weiblichen Angestellten zwischen den Vertragsparteien noch verhandelt werde. Der Beschluß vom 7. Dezember er. hat folgenden Wortlaut:

„Der Schiedspruch bedeutet einen Fortschritt in der Richtung auf das von uns verfolgte Tarifprinzip. Zwar sind im Verhältnis zu den Forderungen die Zugeständnisse mit rund zwei Drittel nicht befriedigend, gemessen aber an früheren Schiedsprüchen, insbesondere am Juni-Schiedspruch, anerkennenswert. . . . Trotdem sind verschiedene schwere Mängel an dem Schiedspruch zu beobachten. Während bei dem bisherigen Tarif die jugendlichen Angestellten nur um monatlich 25 M für jedes fehlende Berufsjahr von dem Anfangseinkommen differenziert, sollen sie in Zukunft um monatlich 500 M. von dem Anfangseinkommen ihrer Gruppe differenzieren. Das bedeutet eine derartige prozentuale wie absolute Minderung ihrer Einkommenssummen in der Relation zum Anfangseinkommen, daß dagegen unbedingt Stellung genommen werden muß. Das gleiche gilt in beinahe dem gleichen Umfange hinsichtlich der Bureauarbeiten und Lehrlinge.“

Bezüglich der weiblichen Angestellten ist an Stelle des von uns vertretenen Standpunktes der Gleichstellung eine weitere erhebliche ins Gewicht fallende Differenzierung nach dem Geschlecht eingetreten. Während die bisherige Differenzierung monatlich 75 M. ausmachte, soll sie nach dem Schiedspruch 150 M. monatlich betragen, eine nur dann gerechtfertigte Maßnahme, wenn man Anhänger des prozentualen Systems ist. Wir werden deshalb auch gegen diese Maßnahme Stellung nehmen.“

Wie diese Mängel sind jedoch nicht so durchschlagend wie die Tatsache, daß der Monat Dezember von jeder der Teuerung Rechnung tragenden Zulage entblößt ist. In der Stellungnahme zum Schiedspruch soll dies klar und scharf zum Ausdruck kommen und im Hinblick auf das Geschäftsergebnis der Banken und die Gefährdung des letzten Jahres mindestens die gleiche Weihnachtsgarantierung wie im Jahre 1920 gefordert werden, der Schiedspruch dann aber mit den obigen Vorbehalten als Ganzes angenommen werden.“

Der Reichsverband der Bankleitungen hat den Schiedspruch ebenfalls angenommen. Gleichzeitig wurde, einer Anregung folgend, die Ausschüttung einer besonderen Weihnachtsgewinnwendung beschlossen.

## Auß der Metallindustrie.

Eine gut besuchte Funktionärskonferenz der Fachgruppe Metall des Zentralverbandes der Angestellten am Montag in den Sophienläden befaßte sich mit zwei Fällen von Nachregelun-

gen und mit dem Streit der Werkstattschreiber und Schreiberinnen in der A. G. Brunnenstraße. Wegen Äußerungen in einer Sitzung des Schlichtungsausschusses war der Obmann des Angestelltenrats der A. G. Brunnenstraße, Max Schröder, entlassen worden. Durch Verhandlungen wurde vereinbart, daß Sch. nach Ablauf seines Urlaubs seine Stellung wieder antritt. Auch der Obman des Angestelltenrats bei der A. G. in Oberhöfenstraße, Walter Weiß, war infolge von Äußerungen, die er in einer Betriebsversammlung machte, entlassen worden. Die Organisation hat sich ins Mittel gelegt, um die Wiederinstellung zu erreichen. Zu ausgedehnten Auseinandersetzungen führte der Streit der 120 Schreiber und Schreiberinnen wegen der Eingruppierung in die Gehaltsklasse K II. Eine Betriebsversammlung beschloß inzwischen, die Arbeit am Dienstag, den 13. Dezember, wieder aufzunehmen und die Erledigung der strittigen Angelegenheit dem Verband zu überlassen.

Ueber die neuen Gehaltsforderungen für Dezember wurde zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem A. S. B. u. d. e. eine Erhöhung der bestehenden Teuerungszulagen um 40 Proz. des Grundgehalts vereinbart. Diese Vereinbarung gilt zunächst auch für Januar, doch soll in der zweiten Hälfte nächsten Monats erneut verhandelt werden. Es soll dann auch die Neuverteilung des Tarifvertrages auf Grundgehalt und Teuerungszulage geregelt werden. Die Funktionäre beschloßen, ihren Belegschaften die Annahme dieser Vereinbarung zu empfehlen.

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Laut Beschluß der Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin vom 21. November kommt in diesem Jahre folgende Weichensatzunterstützung zur Auszahlung:

Für arbeitslose Mitglieder, die mindestens seit dem 15. Dezember arbeitslos sind:  
Bei einer Mitgliedschaft über 28 Wochen . . . 100 M.  
„ „ „ „ „ 18 „ „ „ 60 „  
Für die pensionierten Mitglieder, die über ein halbes Jahr pensioniert sind, 60 M.

Die Auszahlung erfolgt vom 19. bis 21. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr im Ortsbureau, Johannisstr. 14 15, 2. Stock, Zimmer 14. Als Legitimation gilt für Arbeitslose: Mitgliedsbuch resp. Mitgliedskarte, Stempelliste und Invalidenkarte. Für Pensionierte: Mitgliedsbuch.

Die Margarinewerke „Berolina“ haben auch auf Grund des ihnen gestellten Ultimotums Verhandlungen mit den Organisationen nicht geführt. Die statgegebene Urabstimmung hat ergeben, daß 97 Proz. der Angestellten sich für den Streit erklärten. Dieser soll sofort beginnen, wenn auch vor dem Schlichtungsausschuss am 14. Dezember die Direktion den berechtigten Wünschen der Angestellten nicht nachgibt. Da die übrigen Firmen der Margarinebranche in Groß-Berlin bisher durchweg nach den Sätzen der Berolina-Werke entlohnt haben, steht zu erwarten, daß die heute 7 Uhr im Schultheiß-Kaufhaus, Neue Jakobstr. 24/25, stattfindende Ballversammlung der Angestellten dieser Branche beschließt, am 15. Dezember den Kampf aufzunehmen.

Mitglieder des Buchbinderverbandes! Der neue Prozentzuschlag auf alle Akkordarbeiten von 180 Proz. wird für Buchbindereien und Buchdruckereien ab 3. voller Lohnwoche im Dezember verrechnet.

Zentralverband der Angestellten, Sektion Versorgungsstellen: Heute nachmittags 4 1/2 Uhr in der Druckerei Vahnenhof, Fildischtr. 23, öffentliche Versammlung.

Deutscher Solbarteitersverband. Durch die am Donnerstag abend 6 Uhr stattfindende Gesamtvertretersmännerversammlung bei Altem, Hosenstr. 14/15 (Gartenhof), fällt die Sitzung der Beschwerdekommision am Donnerstag aus und wird verlegt auf Donnerstag, den 22. Dezember, zu dem angegebenen Zeit. — Die Beschwerdekommision.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche Geographisches Gewerbe, Gruppe Buchbindereien: Donnerstag 6 Uhr bei Schirm, Charlottenstr. 7, Gruppenversammlung. — Buchbinder und -arbeiterinnen aus allen Betrieben des Buchhandels und -drucks: Donnerstag 5 Uhr bei Wille, Köpenickerstr. 25, Gruppenversammlung. — Chemische Branche, Gruppe Oele, Fette: Donnerstag 7 Uhr bei Becker, Michaelstr. 29, Versammlung. — Kollfächer, Erbsenarbeiter usw.: Freitag 6 1/2 Uhr bei Becker, Weberstr. 17, Ballversammlung: Bericht über die Lohnverhandlung. — Anzer-Bremle, Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr, Versammlung der SPD. bei Stöber, Nützenberg, Ober-, Alte Jungstraße.

Wetterbericht bis Donnerstag mittags. Zunächst trocken und ziemlich heiter bei strengem Frost und frischen nördlichen Winden, später Nebel und etwas milder, zunehmende Bewölkung und stellenweise leichte Niederschläge.

Bericht über den erhalt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gode, Berlin. Verlag Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Circus 2, Helldorf.

# RUDOLPH HERTZOG

BERLIN C. 2 BREITESTRASSE BRÜDERSTRASSE

## Für Weihnachtsgeschenke geeignet:

- Baumwollene Damenstrümpfe  
das Paar . . . . . M. 13.50 17.75 20.00<sup>usw.</sup>
- Herrensocken  
Baumwolle, graumeliert . . . . . das Paar M. 6.50 und 9.25
- Baumwolle, schwarz u. farbig, das Paar M. 10.50 14.00 19.50<sup>usw.</sup>
- Vigogne, graumeliert . . . . . das Paar M. 12.50 14.50 16.00<sup>usw.</sup>
- Wolle, gestrickt . . . . . das Paar M. 17.50 24.00 27.50<sup>usw.</sup>
- Kinderstrümpfe  
Wolle, schwarz mittelfark, Größe 2 M. 16.50 Steigerung M. 2.15
- Sportstutzen  
Reine Wolle . . . . . das Paar M. 33.25 40.50 52.00<sup>usw.</sup>
- Wäschestoffe in verschiedenen Stärken  
breite ca. 80 cm . . . . . das Meter M. 18.00 22.50 27.50<sup>usw.</sup>
- Hauskleiderstoffe  
in reicher Auswahl . . . . . das Meter M. 18.00 28.00 34.00<sup>usw.</sup>

- Damen-Reformbeinkleider  
marineblau oder grau, stärkerer Trikotstoff, leicht angeraut, in 3 Größen, das Stück M. 41.50 43.50 45.75
- Graumelierte vorzügliche Futterware mit Satinbund, in 3 Größen . . . . . das Stück M. 108.00
- Damen-Unterhemden mit kurzen Ärmeln  
baumwoll., ungebleichte, in 3 Größen, Mittelgröße 33.25
- Merino-Nachahmung, elfenbeinfarb., Mittelgröße M. 48.75
- Wolle, elfenbeinfarbig, fein gestrickt, das Stück M. 30.00

## Herren-Krawatten

- Selbstbinder 24" 27" 36" 41" 80" bis 137" 00
- Regattes . . . . . Stück M. 22.75 26.60 38.00
- Hosenträger Gummi- oder Gurtband, mit Biesen  
Stück M. 15.50 17.50 21.00 25.00<sup>usw.</sup>
- Schals große Auswahl . . . . . Stück M. 70.00 bis 186.00

- Herren-Trikotunterjacken  
Weiße Baumwolle, Mittelgröße, das Stück M. 44.50 und 46.75
- Herren-Trikothemden  
Ungebleicht, echt Mako, Mittelgröße . . . . . das Stück M. 85.75
- Naturfarbig wollgemischt, Mittelgröße, das Stück M. 65.00 73.50<sup>usw.</sup>
- Herren Trikot-Unterbeinkleider  
Naturfarbig, weiche Futterware . . . . . das Stück M. 55.00
- Naturfarbig, wollgemischt, . . . . . das Stück M. 75.00<sup>usw.</sup>
- Graumeliert Wolle, extra schwer . . . . . das Stück M. 95.00
- Herren-Trikothemden m. farb. Einsätzen  
Wollgemischt, elfenbeinfarb m. Zephireins., das Stück M. 59.00<sup>usw.</sup>
- Echt Mako, ungebleicht mit Zephireinsatz das Stück M. 85.00<sup>usw.</sup>
- Blusenstoffe Baumwoll.,  
in verschiedenen Streifen . . . . . das Meter M. 27.50 28.50<sup>usw.</sup>
- Velours Baumwoll., gewebt oder bedruckt,  
in großer Muster-Auswahl . . . . . das Meter M. 20.00 32.00<sup>usw.</sup>

HERBST- UND WINTER-PREISLISTE, VERSAND KOSTENLOS. SCHNITTMUSTERLISTE PREIS M. 1.75  
Geschäftszeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends

# Groß-Berlin

## Die Nord-Südbahn als städtische A.-G.

Die Fertigstellung gesichert. — Ein Darlehen von 350 Millionen gegen Verpfändung der Bahn.

Nach langen Verhandlungen scheint ein Weg für die Fertigstellung der Nord-Südbahn gefunden zu sein. Der Magistrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser für Groß-Berlin so wichtigen Frage. Die Verträge der Stadt, Reich und Staat zur Mitwirkung zu gewinnen, sind bekanntlich gescheitert, nur ein Beitrag von 150 Millionen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist der Stadt zugesagt, sofern die Vollendung des ganzen Baues finanziell sichergestellt erscheint. Diese Sicherstellung scheint grundsätzlich jetzt erreicht.

Da die Stadt aus eigener Kraft die noch notwendigen rund 400 Millionen nicht aufbringen kann, und da private Geldgeber dingliche Sicherheit durch Verpfändung der Bahn verlangen, so soll diese dadurch ermöglicht werden, daß für die Nord-Südbahn eine selbständige Rechtspersönlichkeit gebildet wird. Gedacht ist dabei an eine Aktiengesellschaft. Die Aktien sollen zum weitaus größten Teil im Eigentum der Stadt bleiben und die Stadt soll außerdem das Recht erhalten, nach Ablauf einiger Jahre auch die übrigen Aktien jederzeit zu übernehmen. Es soll sich also nicht um eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung im üblichen Sinne handeln, sondern um eine städtische Gesellschaft, die sich von dem rein städtischen Unternehmen im wesentlichen nur dadurch unterscheidet, daß sie vom übrigen städtischen Vermögen getrennt wird und vom Bureaualtrismus der Verwaltung befreit bleibt. Unter dieser Voraussetzung haben sich Geldgeber gefunden, die bereit sind, bis zu 350 Millionen gegen Verpfändung der Bahneinheit und unter Würsenschaft der Stadt herzugeben. Dabei handelt es sich zum Teil um Tilgungsdarlehen, zum Teil um feste Darlehen für zwanzig Jahre.

Ueber die Betriebsmittel, d. h. den Wagenpark, steht eine Veränderung mit der Hoch- und Untergrundbahn A.-G. in Aussicht. Diese wird den gesamten Wagenpark für die Nord-Südbahn zur Verfügung stellen und für vorläufig zehn Jahre den Betrieb der Bahn in ähnlicher Weise pachten, wie dies bereits mit den städtischen Strecken in Schöneberg und Wilmersdorf der Fall ist. Der Stadtorbitratorverammlung soll schon in nächster Zeit eine ausführliche Vorlage zugehen.

## Das wechselnde Wetter.

Der strenge Frost, der bei uns in der Nacht eingetreten ist, betrifft jetzt in ganz Nordost-, Mittel- und Südost-Deutschland und ist durch ein von Rußland weiter westwärts vorgedrangenes Hochdruckgebiet veranlaßt worden, in dessen Innerem außerordentlich kalte, trockene, östliche Winde wehen. Vom Atlantischen Ozean ist jedoch gleichzeitig ein Tiefdruckgebiet nach der skandinavischen Halbinsel gelangt. An seiner Südküste hat sich ein Teufel ausgebildet, das von der Nordsee ziemlich rasch nach der Ostsee vordringen scheint, während vom Atlantischen Ozean sich bereits ein neues Hochdruckgebiet dem britischen Inseln nähert. Beim Vorübergange des Teufels dürften sich die Winde in ganz Deutschland nach Südwest drehen und zunächst der westlichen Hälfte, später auch dem Osten Deutschlands eine ziemlich rasche Erwärmung bringen. Dabei wird voraussichtlich die Bewölkung zunehmen und hauptsächlich im Küstengebiet öfter etwas Sonne oder Regen fallen. Doch ist bald darauf nach Annäherung des atlantischen Hochs Wiederanhäufelungswetter und neue Abkühlung wahrscheinlich.

## Die geheimen Spritbrennereien blühen.

In der Wohnung des Hrn. Eise Mantel, Alexanderstraße 81, wurden bei einer Durchsuchung Geräte zur Spiritfabrikation sowie fertiger und halbfertiger Spirit entdeckt und die gesamte zur Spiritfabrikation dienende Einrichtung beschlagnahmt. Unmittelbar darauf wurde eine zweite geheime Spritbrennerei in der Wohnung des aus Galizien gebürtigen Leo Rothlein festgestellt. Die Geräte verfielen ebenfalls der Verhaftung. Rothlein wurde zur Festsetzung seiner Person nach der Alexanderstraße geführt. Ferner bemerkten Beamte der Schnupfpolizei, die sich auf einem Streifenwagen befanden, in der Alten Schützenstraße zwei Männer, die bei ihrem Anblick mit einem Handwagen zu entkommen versuchten.

# Kolonisten aus Welfschmerz

Von Wilhelm Rhenius.

„Es sieht“, sagte der Doktor, „mehr wie Leder aus, wie irgend etwas nichtlieberes, was ich...“

„Es ist Leder.“ unterbrach ich ihn.  
Es war Leder. Der Sache auf den Grund gehend, konnten wir uns nicht länger verhehlen, daß wir einen rohgegerbten Lederriemen mit in den Reis verarbeitet und — wer weiß — zum Teil verzehrt hatten.

Frau Luisa tröstet uns, daß das Essen „im übrigen“ recht gut war. Ein wohlgemeinter Trost. Ein weniger schonend ausgesprochenes Urteil über unser Menu wäre das gewesen, daß wir Fleisch hatten, das nach Leder schmeckte, Leder, das nach Fleisch schmeckte, und Reis, der von beiden Ingredienzen einen Stich hatte.

29. September. Doktor sitzt am Dach herum und ich helfe es für besser, menschlicher Gesellschaft fernzubleiben, da ich Chicho habe. Eine kleine Aufregung unterbricht die Monotonie dieses Tages. Am Nachmittag höre ich Frau Luisa's entsetzten Ruf: „Eine Schlange! Eine Schlange!“ Ich taumele aus meiner Kolonhütte, der Doktor flüchtet vom Dache, greift, da wir von ihm eine Tat erwarten, nach einer Haube und eilt, sie schwingend, hinter einer ziemlich großen Schlange her, die sich mit großer Behutsamkeit vor ihm her durch den Waldschloß wandert. Er haßt während nach ihr, aber immer vorbei, macht genug Räder in die Erde, um eine Linie Mais zu pflanzen und verläßt ab und zu einem Baumstumpf einen furchtbaren Schrei. Schweißtiefend kommt er zurück und meint hohnlächelnd, aber etwas blaß: „Sie wird wohl genug haben.“

Ich lasse das stillschweigend dahingestellt, soviel weiß ich aber, daß die Haube genug hat.

## 14. Ein Sonntagsdiner.

30. September. Frau Luisa ist wieder so elend, daß sie sich ohne viel Murren bestimmen läßt, den ganzen Tag auf ihrem Lager zu verbringen.

Die Küchenpflichten ruhen also wieder auf unseren Schul-

# Wie Berlin Steuern zahlt.

## Schwierigste verwaltungstechnische Aufgaben.

Allenthalben klammern sich die Steuerveranlagungen den Bürgern ins Haus. Mit Bangen und Jagen fordern die meisten daraufhin ihre Steuerkarte ein, um innerhalb der nächsten vier Wochen nach Empfang der ungenutzten Steuererklärung die staatsbürgerlichen Pflichten bei irgendeiner Steuerart zu erledigen. Viele müssen vorher Geld in ihre Brieftasche tun, wenn sich herausgestellt hat, daß der in Steuermarken zu zahlende Beitrag nicht die Höhe der ganzen Steuer summe erreicht. Eine Last, die manchen gerade jetzt zur Weihnachtszeit höchst unliebsame Ueberraschung bereiten dürfte. Welch ein Gedränge herrscht auf den Steuerämtern, die Beamten rechnen und schreiben, geben nie ermüdend Auskunft auf die vielen Fragen, denn das große Publikum kennt sich in der neuen Steuererhebung nicht mehr aus, ist doch das Einkommensteuergesetz nicht weniger als sechsmal geändert worden.

## Die Massenflut der Beschwerden.

Zahlreiche Beschwerden sind über das Arbeiten der Finanzämter laut geworden und das Publikum ist leicht bereit, vernichtende Urteile über die unsfähige Verwaltungsbureaucratie zu fällen. Es muß aber berücksichtigt werden, daß infolge der zahlreichen Fehler der heftigsten Steuerpolitik, infolge des Krieges und der vielen neuen Gesetze, die eine völlige Umgestaltung der bisher geltenden Steuerprozedur mit sich brachten, riesige Aufgaben an die Verwaltung herantraten, die mit Hilfe von zahlenmäßig nicht genügendem Beamtenpersonal oder sachlich nicht einwandfrei durchgebildeten Hilfskräften bewältigt werden mußten. In Berlin bestehen im ganzen 30 Finanzämter, von denen 16 allein auf Alt-Berlin entfallen. Die Erhebung der Reichseinkommensteuer wird noch durch die Gemeindebehörden vorgenommen. Nur die Finanzämter Steglitz, Bichterfelde und Gesundbrunnen haben die ganze Arbeit von der Einschätzung bis zur Einkassierung der Steuer übernommen. Der Magistrat der Stadt Berlin hat angeregt, daß die Bezirke der Finanzämter mit denen der Verwaltungsbezirke Groß-Berlins in Uebereinstimmung gebracht werden sollen. Es wäre auch zu begrüßen, wenn es gelänge, die Finanzämter in ihrem eigenen Bezirk unterzubringen. Die Erfüllung dieses Wunsches, der durchaus im Interesse des Publikums läge, hat sich bisher infolge der Wohnungsverhältnisse nicht verwirklichen lassen. Die von den Finanzämtern in Berlin zu bewältigende Arbeit ist ungeheuer. 2,3 Millionen Steuerpflichtige sind vorhanden, von denen fünfviertel Millionen eine Steuererklärung abgegeben haben. Außerdem wird die Arbeit dadurch sehr schwierig gestaltet, daß in Berlin zahlreiche Auslandsdeutsche, Ausländer und Flüchtlinge zusammenströmen.

## Schwierigkeiten bei der Erfassung.

Berlin wird gemeinhin als ein Ort angesehen, in dem fast ausschließlich eine in Industrie und Handel tätige Bevölkerung wohnt. Das ist aber ein Irrtum, denn das neue Berlin weist auch eine ziemlich starke landwirtschaftlich tätige Bevölkerung auf, und dadurch er-

höhen sich die Schwierigkeiten bei der Veranlagung. Die große Zahl der Theater, Kinos und Wanderbühnen erschweren ebenfalls die Arbeit der Steuerverwaltung. Schwierigkeiten ganz besonderer Art bereitet die steuerliche Veranlagung der Konzerne und großen Verbände, die hier in Berlin ihren Sitz haben. Die Erfassung der Steuer an der Quelle war eine der gewaltigsten Aufgaben, und es ist nicht verwunderlich, daß so viele Änderungen, wie eingangs erwähnt wurde, erfolgen mußten. Es ist daher auch die Anordnung getroffen worden, daß bei allen Veranlagungen zunächst möglichst großzügig verfahren werden möge, um so eine reibungslose Durchführung der Geschäfte zu erreichen. Bei den Veranlagungen von 1920 hat insbesondere die Festsetzung der Werbungskosten große Schwierigkeiten bereitet. Solange der Bevölkerung nicht bekannt war, was alles als Werbungskosten vom Einkommen in Abzug gebracht werden konnte, war die Arbeit der Finanzämter noch ziemlich einfach. Man hat daher generelle Bestimmungen getroffen, die z. B. die Werbungskosten für Heimarbeiter, Bühnen- und Filmangehörige, Künstler usw. regeln, und im neuen Lohnsteuergesetz sind die Werbungskosten allgemein mit 1800 M. jährlich veranschlagt worden. Es liegt jedoch dem Reichstag schon wiederum eine neue Novelle vor, die mit Rücksicht auf die allgemeine Geldentwertung die Werbungskosten auf 3500 M. heraufsetzen soll und auch noch andere Abzüge, wie z. B. Krankenkassenbeiträge, Invalidenversicherungen usw. gestattet, so daß die Werbungskosten wahrscheinlich auf 4000 M. berechnet werden können. Die Steuerarten für das Jahr 1922 werden dem Publikum bis zum 24. Dezember zugestellt. Wer bis dahin nicht im Besitze der neuen Steuerkarte ist, muß sie sich vom Finanzamt einfordern. Wer mehr als 1800 M. (bzw. nach endgültiger Beratung der neuen Novelle im Reichstag den eisdann festgesetzten Betrag) Werbungskosten hat, muß noch im Laufe des Januar einer entsprechenden Antraag an das Finanzamt richten, damit es alsdann auf der Vorderseite der Steuerkarte vermerkt werden kann.

## Die Steuerkarte hat sich bewährt.

Bei der neuen Steuerkarte werden die Marken auf lose befestigte Blätter geklebt, so daß man sie nicht mehr herauszuschneiden braucht. Das System der Steuerkarte hat sich durchaus bewährt. Dagegen hat die Abrechnung auf Grund des Lohnsystems, die von einer Anzahl von Firmen angewendet wurde, infolge vieler Mängel häufig Mißbrauch gelitten. 60 Beamte sind seit dreierhalb Jahren eifrig tätig, die auf den Listen eingezeichneten Steuersummen zu verarbeiten, und das Ergebnis ist gleich Null. Es ist aber angeordnet, daß gegen Arbeitnehmer, deren Lohnabzug nicht durch die Steuerkarte nachgewiesen wird, keinerlei Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Der Steuerabzug von etwa 100 000 Arbeitnehmern ist im Lohnsystem errechnet worden.

Zum Schluß möge noch darauf hingewiesen werden, daß nur durch das Entgegenkommen und das Verständnis der Arbeiterschaft es möglich war, den Steuerabzug in Berlin reibungslos durchzuführen.

## Verkauene Brillanten.

### Das Schicksal einer russischen Tänzerin.

Wegen eines mit großem Raffinement ausgeführten Juwelendiebstahls hatte sich gestern der aus Polen stammende Kaufmann Leo Ginsburg vor der Strafkammer zu verantworten. — Die Verhandlung entrollte das in vieler Hinsicht tragische Geschick einer bekannten russischen Tänzerin Tina Buttler, welche aus dem früheren Hofballlet in Petersburg hervorgegangen war und in der russischen Kunstwelt früherer Tage eine hervorragende Rolle spielte.

Kurz nachdem sie sich in Moskau mit einem mehrfachen Millionär englisch-russischer Abkunft namens Buttler verheiratet hatte, brach die Revolution aus. Ihr Mann wurde von den Bolschewisten ermordet. Es gelang ihr, unter Mitnahme ihrer kostbaren Schmuckstücke zu fliehen. Sie gelangte schließlich nach Deutschland und machte hier die Bekanntschaft des Angeklagten, dem sie sich angeschlossen hat. Er sprach Deutsch, während Ginsburg der russischen Sprache mächtig war. Beide fuhren nach Kolberg, wo der Angeklagte in überaus raffinierter Weise einen Plan, den Brillant-

schmuck der B. zu kehlen, ausführte. Er veranlaßte einen aus Warschau stammenden Landmann, in dem Hotel ein Zimmer zu beziehen, das neben dem der B. lag. Als der rechte Augenblick zur Tat gekommen war, veranlaßte G. seinen Landmann, schlussendlich abzureisen, um den Verdacht auf diesen zu lenken. Er selbst erbrach den Koffer und stahl den Brillantschmuck, der aus großen Brillanten im Gewicht von zusammen über 25 Karat bestand und über 1 1/2 Millionen Mark wert hatte. — Wo der Schmuck geblieben ist, hat sich nicht ermitteln lassen. Die Anklage nimmt an, daß Ginsburg, der kurze Zeit nach der Tat nach Kowno gefahren war, ihn dorthin verschoben hat. — Ginsburg bestritt, der Dieb zu sein, suchte aber gleichzeitig sein Heil darin, daß er den Geisteskranken simuliere, konnte dabei aber manducal selbst das Bekenntnis übergeben. Die von Rechtsanwalt Dr. Alex geladenen Gerichtsräte Dr. L. Hirsch und Sanitätsrat Dr. Leppmann bekundeten, daß der Angeklagte, der aus einer belasteten Familie stamme, eine gewisse geistige Minderwertigkeit aufweise. Lediglich mit Rücksicht hierauf billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu und erlangte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten der erlittenen Unterbringungshaft.

Mißglückter Raubüberfall. Als gestern Abend der Werksmeister Max Tepunkte auf seinem Bade die Chaussee zwischen Bieddori und Kaulsdori passierte, verhielten sich vier Männer, die sich ihm in den Weg stellten, ihn auszublocken. Es gelang G., an ihnen vorbeizufahren und im schnellsten Tempo davonzufahren. Vier Schüsse, die von den Wegelagerern abgefeuert wurden,

mich und ich schiebe meine Hühnersuppe weit von mir. — „Doktor,“ zischte ich ihm zu, „ist es Ihnen bemerkt, daß Hähne in erster Linie Kröpfe haben?“

Er sieht mich stier an und läßt seinen Teller fallen. Ich decke den Kochtopf zu und koche schleunigst Kaffee. Frau Luisa erklärt sich zum Glück mit einem Teller voll befriedigt.

Doch einen Erfolg hat unsere Kochkunst: Die Brötchen sind allerdings weder mit den Zähnen zu bearbeiten, noch durch irgendeinen anderen Prozeß außer zweifelhafte Einweichung genießbar zu machen; aber es stellt sich heraus, daß sie mit einem wuchtigen Hammer pulverisiert werden können, in welcher Form sie vom Konarienvogel akzeptiert werden. Wie sich Frau Luisa freut! Das entschädigt uns für alles Unheil.

Einer aber hat ein lukullisches Mahl, das ist Kay der Buntfischer.

## 15. Ziehtag.

1. Oktober. Es wird unerträglich heiß unter dem Zelt und deshalb beschließen wir, umzuziehen, obgleich es im Neubau noch etwas feucht ist. Außerdem ist nach heimlichen Begriffen Ziehtag. Das Fieber verschont uns. Während des Möbeltransportes schweigt Frau Luisa in Erinnerungen an frühere Umzüge und erzählt, was alles dabei in die Brüche gegangen ist. Dieser Tradition bleibt der Doktor treu, indem er, beladen mit dem Vogellästchen, ein Paar Stiefeln, einer Spedseite und einer Teekanne zur Tür des neuen Heims hineinwinkt. Die Teekanne bleibt auf dem Felde der Ehre. Noch am Vormittage bewerkstelligten wir den Umzug. Frau Luisa stellt eine Kammer für mich ab, mit Hilfe einiger Vorhänge. Wir machen aus Kistenbretern Fensterläden und kommen zur Ueberzeugung, daß eine Tür überflüssig ist. Eine große Kiste dient als Tisch, worin Frau Luisa zugleich ihre Porzellan-schätze unterbringt. Ich fand dies dadurch aus, daß ich, an der offenen Seite Platz nehmend, meine Beine an dem verhängelten Vorhang vorbei hineinsetzte.

Schließlich brechen wir das Zelt ab und bringen den Ballen Segeltuch in einer Ecke des Hauses unter. Die Palmhütte wird zur Küche bestimmt.

(Schluß folgt.)



Berlin fuhr ich sofort zur Reichskanzlei, wo ich nachts eintraf. Ich fand dort 20 Herren versammelt, und Kapp hielt einen Vortrag, der mir sehr ruhig gefärbt erschien. Ich sagte, daß ich im Einvernehmen mit der verfassungsmäßigen Regierung käme. Das Kappunternehmen müsse meiner Ansicht nach unbedingt unglücklich enden. Vor allen Dingen warnte ich die Herren vor der Ansicht, daß alle Truppen hinter ihnen ständen. Es wäre furchtbar, wenn Reichswehr gegen Reichsregierung kämpfen müßte. Dann teilte ich den Herren den Standpunkt der Reichsregierung mit: mit Kappisten wird nicht verhandelt. Im Namen der Regierung forderte ich Kapp und Wittwih zum sofortigen Rücktritt auf. Nach mir sprach dann Herr v. Wangenheim über die Ernährungsfrage. Vors.: Drohte v. Wangenheim mit einem Streik der Landwirtschaft? Zeuge: Er sagte, wenn der Generalstreik noch 48 Stunden dauert, dann würde

die Stadt keine Lebensmittel mehr erhalten.

Kämen die Arbeiter aber aufs Land, würden sich die Bauern zur Wehr setzen. Am nächsten Tage bekam ich eine Note mit 8 Forderungen überreicht.

Justizrat Görres: Wie verhält sich denn das Reichskabinett in Stuttgart? Zeuge: Als ich die acht Bedingungen vorlas, wurde ich mit Lachen abgetan. Herr v. Jagow: Ich glaube, der Zeuge irrt sich, wenn er sagt, er habe mich in einer Sitzung in der Reichskanzlei kennengelernt. Zeuge: Ich sah in der Reichskanzlei

einen Herrn, dessen Physiognomie mir auffiel,

und als ich fragte, wurde mir gesagt, das wäre der Herr v. Jagow, der frühere Polizeipräsident von Berlin. (Lebhafte Heiterkeit.)

Als nächster Zeuge wird Ministerialdirektor Dr. Meißner vom Reichsministerium des Innern vernommen. Er bekundet: Am 13. März morgens kam Geheimrat Doge zu mir in das Ministerium und teilte mir mit, daß Herr v. Jagow Minister des Innern und er, Doge, sein Unterstaatssekretär sei. Ich erwiderte, daß ich zunächst die Legitimation dieser Herren abwarten wolle, aber im Interesse der Ordnung die Geschäfte als dienstältester Beamter weiterführen würde. Am 14. nahm dann Herr v. Jagow die Vorstellung der höheren Beamten entgegen. Der ganze Akt ließ sich nur als Amtsübernahme erklären. Ich hatte erstbittige Bedenken, zumal ich eine Legitimation der Herren nicht erhalten hatte. Ich bot infolgedessen um eine Sonderunterredung mit Herrn v. Jagow und teilte ihm mit, daß ich die laufenden Geschäfte des Ministeriums weiter führen würde und ihn bitte, bis zur Klärung der Verhältnisse sich jeder Amtshandlung zu enthalten. Am 14. abends erfuhr ich dann aber, daß ohne mein Wissen 20 Telegramme, die von Herrn v. Jagow veranlaßt und unterzeichnet waren, abgeschickt worden waren. In denen die demokratischen und sozialdemokratischen Ober- und Regierungspräsidenten ihres Amtes entsetzt und gleichzeitig ihre provisorischen Reichsleiter ernannt waren. Als ich das erfuhr, habe ich sofort angeordnet, daß kein Akt des Herrn v. Jagow hinausgehen dürfe, der nicht mein Visum trage.

Ich ließ die Beamten des Ministeriums zusammenrufen und forderte sie auf, der geschehenen Regierung die Treue zu bewahren. Von dieser Beamtenversammlung wurde der Reichskanzler durch den Hauptmann Teichmann Mitteilung gemacht, und auf Befehl Kapps nahm Teichmann mich selbst. Meine Verhaftung dauerte jedoch nur fünf Stunden.

Dann wird Unterstaatssekretär Dr. Albert vernommen, der am 13. März in der Reichskanzlei verblieben war, um die Verbindung mit der alten Regierung aufrechtzuerhalten. Der Zeuge führt aus: Morgens um 7 Uhr erschienen drei Herren, und zwar Kapp, v. Jagow und Falkenhausen in der Reichskanzlei. Ich ging hinunter in die Vorhalle und frönte, was sie wünschten. Kapp antwortete in hochförmlichem Tone: „Sie sind der ehemalige sozialdemokratische Unterstaatssekretär Albert?“ Nein, sagte ich, ich bin der amtierende Unterstaatssekretär. Darauf Kapp: Das sind Sie die Ährste Zeit gewesen. Ich fragte dann: Mit welchem Recht bringen Sie hier ein. Darauf sagte v. Jagow:

Mit dem Recht des 9. November.

Und als ich weiter fragte, ob man eventuell Gewalt anwenden wollte, bestätigte dies mir Kapp, wobei er auf die Truppen verwies. Nach einiger Zeit forderten Schiffer und ich nochmals energisch die Räumung der Reichskanzlei. Minister Schiffer machte Kapp auf die Rechtslage aufmerksam und bei dieser Gelegenheit hat meiner Erinnerung nach Herr v. Jagow nochmals einen Hinweis auf den 9. November getan? — Vors.: Hat Herr v. Jagow in der Vorhalle der Reichskanzlei tatsächlich gesagt: Mit dem Recht des 9. November? — Zeuge: Das weiß ich bestimmt. — v. Jagow: Die Sache war ganz anders.

Hierauf wird der frühere preussische Ministerpräsident Hirsch vernommen. Er berichtet zunächst über die Kabinettsitzung in der Reichskanzlei am Abend des 12. März. Es sei damals beschlossen worden, daß die preussische Regierung in Berlin bleiben sollte, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers Traub, der bei seinem Verbleiben in Berlin seine sofortige Verhaftung durch die Ehrhardt-Deute zu gewärtigen hatte. Am anderen Morgen erfolgte dann die Befehlshung der preussischen Staatsminister durch einen Offizier, der dabei die Worte gebrauchte: „Ihre Tätigkeit ist jetzt zu Ende.“

Am Nachmittag desselben Tages erfolgte dann die Freilassung. Der Zeuge berichtete dann weiter über eine Sitzung im Reichsjustizministerium, wo es sich hauptsächlich um die Amnestiefrage drehte. Ich hatte vorher mit der Reichsregierung gesprochen und hatte die Weisung,

auf eine Amnestie nicht einzugehen.

Das habe ich bei den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht und darauf verwiesen, daß eine Amnestiefrage nur von der Nationalversammlung entschieden werden könnte, wo man sicher keine Mehrheit für die Amnestie gefunden hätte, da die sozialdemokratischen Parteien geschlossen dagegen gestimmt hätten.

Es folgt eine kurze Vernehmung des Schriftstellers Dr. Stadelmann über die Pressekonferenz, die am 14. März in der Reichskanzlei stattfand.

Der Oberreichsanwalt beantragte alsdann, General Raeder zu verurteilen, die Herren Doge und Fischer unvereidigt zu lassen. Das Gericht beschloß demgemäß.

Nach der Mittagspause wurde Ministerialdirektor Brecht vernommen, der sich mit Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei befand, als Kapp dort einzog. Kapp machte ihm ein Anerbieten, seine Tätigkeit fortzusetzen, andernfalls er entlassen oder verhaftet würde. Ministerialdirektor Brecht entfernte sich jedoch aus der Reichskanzlei.

Hierauf wurde der Präsident des Reichsbankdirektoriums v. Hopenstein vernommen. Vors.: Bei Ihnen sind während der Kapp-Lage Offiziere erschienen, die erst eine halbe Million und dann

zehn Millionen Mark verlangten.

Zeuge: Man hat in der Tat wiederholt versucht, von der Reichsbank größere Beträge abzugeben. Zum erstenmal erschien am Sonnabend vormittag ein junger Offizier bei mir in der Privatwohnung, der einen Brief von Kapp überbrachte, in dem ich aufgefordert wurde, eine halbe Million Mark an die Regierung Kapp auszugeben. Ich erklärte, daß ich dazu nicht in der Lage sei, weil die Reichsbank nur gegen Schecks auszahlen dürfe, die vom Reichsfinanzminister beglaubigt seien. Am Mittag um 11 Uhr kamen dann zwei Offiziere und verlangten 10 Millionen Mark für die Regierung Kapp von mir. Ich wiederholte das, was ich dem ersten Offizier gesagt hatte, worauf die beiden Herren erklärten, sie würden dann eventuell mit Gewalt vorgehen. Ich ließ ihnen ruhig auseinander, daß ein Gewaltakt für uns alle schlimme Folgen haben würde und ließ Herrn Kapp sagen, ich bitte ihn, von jeder Gewalttat gegen die Reichsbank abzugehen. Ungefähr eine Stunde später erschienen wieder andere Offiziere und legten fünf Schecks der Generaldirektion ab, auf je zwei Millionen Mark lautend, in der Hauptkassette vor. Die Schecks waren ordnungsmäßig ausgestellt und vollkommen. Es war auch Deckung für diese Beträge vorhanden. Dem Richter fiel jedoch auf, daß die Schecks nicht, wie sonst, auf den Ueberbringer lauteten, sondern auf „Reichswehrminister Wittwih oder Ueberbringer“. Infolgedessen rief der Herr mich an, ob er die Schecks honorieren sollte. Ich sagte ihm, daß er auf seinen Fall gehen sollte, da das Direktorium der Reichsbank einen Reichswehrminister Wittwih nicht kenne oder anerkenne.

Hierauf schloß sich die Vernehmung des Hc. Dr. Traub, der folgende Befundungen macht: Ich kenne Kapp während meiner Tätigkeit in den Vorlehnstassen kennen und schätze ihn, der ein heißes Herz für das Vaterland hatte. Wir arbeiteten im Jahre 1917 sehr innig zusammen. — Vors.: Hat Kapp Ihnen später etwas von seinem Vian verraten? — Zeuge: Wir haben 1913 viel zusammen verhandelt. Kapps Hoffnung war immer, es werde eine andere Regierung kommen, die den unhaltbaren Zuständen ein Ende machen werde. — Vors.: Haben Sie dann im März etwas von einer Wiltstraktion gehört? — Zeuge: Ich gehörte damals der Nationalversammlung an, und in der Fraktionsitzung sprach man von einer Gefahr aus dieser Richtung. — Vors.: Wann haben Sie Kapp das letztmal vor dem Tode gesehen? — Zeuge: Ich war am 12. März abends bei ihm. Kapp sagte mir, daß in der kommenden Nacht wahrscheinlich die gesamte Macht auf ihn übergehen werde. Er war sehr kurz an jenem Abend, da er sehr beschäftigt war und hat mich um meine Mitarbeit. Kapp trug mir das Kultusministerium an, doch hat ich ihn um Bedenkzeit. Am 13. morgens sah ich dann den Einzug der Ehrhardt-Truppen. — Vors.: Sie sind am 13. morgens zum Brandenburger Tor gegangen? Weßhalb taten Sie das? — Zeuge: Kapp hatte mich dort hingestellt, und da er mir gesagt hatte, daß alle Macht auf ihn übergehen werde, so wollte ich natürlich sehen, was passieren würde. Um 8 Uhr morgens ging ich dann aus freien Stücken in die Reichskanzlei, nachdem ich von den Geschehnissen der Nacht gehört hatte, weil ich es für meine Pflicht hielt, Kapp aus Freundestreue

meine Dienste anzubieten. — Vors.: Der Angeklagte Schiele hat Sie zu Kapp hingeführt? — Zeuge: Es war so, daß ich Schiele rein zufällig in einem Zimmer traf. In der Reichskanzlei war alles in der Schwebe. Es kam kein System in die Unordnung, und so hat ich schließlich Kapp, da ich ebenso wie die anderen Herren keine Tätigkeit hatte, mich für die Presse zu verwenden. — Vors.: Waren Sie auch in den Kabinettsitzungen? Sie sollen dort einmal gesprochen haben? — Zeuge: Ich habe allerdings am Montag bei einer Besprechung gehört, man dürfe das Unternehmen in dem jetzigen Stande nicht fallen lassen. — Vors.: Herr v. Jagow soll geäußert haben, er sei für Fortsetzung des Kapp-Unternehmens? — Zeuge: Das ist mir nicht erinnerlich. Rechtsanwalt Grünspach: Ist Herr v. Jagow in den Sitzungen mit Vorschlägen besonders in den Vordergrund getreten? — Zeuge: Nein, er ist gar nicht hervorgetreten. Er war

mehr stiller Beobachter.

Ich hatte eigentlich von ihm ein schneidigeres Vorgehen erwartet. Demals in den Märztagen macht er den Eindruck eines stillen Teilhabers. — Justizrat Gutschalk: Wie verhielt sich Dr. Schiele? — Zeuge: Mein Freund Schiele machte den gleichen Eindruck wie Herr v. Jagow. Kapp behielt sich die Entscheidung vollständig vor. — Rechtsanwalt: Sie sagen, daß Sie ein stiller Teilhaber waren? Herr v. Jagow auch, Herr Dr. Schiele auch. Welche Rolle hat denn nun Herr v. Wangenheim gespielt? Wer ist vielleicht auch ein stiller Teilhaber? — Zeuge: Jawohl. (Lebhafte Heiterkeit.) Rechtsanwalt: Wer hat denn die Dupende von Verordnungen der Kapp-Regierung herausgegeben? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Auf Befragen Rechtsanwalts Grünspachs schildert dann Pfarrer Traub den Verlauf der ersten Sitzung. Von den Angeklagten habe keiner gesprochen. Dann sei ein Herr von dem amerikanischen Presse, dann ein Herr aus Mexiko erschienen, und schließlich habe sich die Sitzung aufgelöst. (Große Heiterkeit.)

Der nächste Zeuge ist Kapitänleutnant Benck. Er wurde von Kapp abgetan, die Geschäfte eines Pressechefs zu führen. Auf dem Wege zum Palais Friedrich Leopold, der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, traf Benck den Rechtsanwalt Bredered, den er zu seiner Unterstützung mit zur Pressekonferenz nahm.

Der folgende Zeuge, Sandilus Bredered, schildert dann in sehr lebhaften Ausführungen die Vorgänge des 13. März. Am 12. März bereits habe ihm Benck, den er „zufällig“ getroffen habe, mitgeteilt, daß die Brigade Ehrhardt am nächsten Tage am Brandenburger Tor eine Demonstration gegen die Auflösung der Truppe veranstalten wolle. Die gleiche Meldung habe man in einer am Abend des 12. März stattfindenden

Vorstandssitzung des Nationalverbandes deutscher Offiziere

gehört, die in der Wohnung des Direktors Polkentin stattfand. Genaueres sei aber nicht bekannt gewesen, und einige Herren, darunter Polkentin und Bredered, verabredeten sich für den anderen Tag 6 Uhr früh am Brandenburger Tor. Bei dem Betreten der Reichskanzlei, so erklärt Bredered, war es charakteristisch, daß Kapp sich an den Kopf sah und rief:

„Herr Gott, wo ist denn Schnitzler? Wenn ich Schnitzler nicht habe, kann ich doch nicht regieren!“

(Stürmische Heiterkeit.) Dann traf ich Kapitänleutnant Benck, der mir erklärte: „Ich bin jetzt Pressechef, ich versetze aber davon nichts (Regierung des Königs und der Tat! Red.), kommen Sie doch mit.“ Zur gleichen Zeit kam auch Direktor Polkentin zu mir und sagte: „Bleiben Sie lieber hier, hier ist es viel interessanter. Ich ging aber doch hinüber ins Palais Friedrich Leopold, wo wir den Beamten erklärten, daß wir eine Pressekonferenz veranstalten und auch einige erklärende Worte sprechen müßten. Benck sagte: Herr Gott, das kann ich nicht. Bredered sprechen Sie ein paar Worte.“ Als dann die Presse kam, sprach ich ein paar erklärende Worte. Bald danach beschwerte sich

die Arcus-Zeitung, die sich gerade mit fliegenden Fahnen der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt hatte,

daß ihre Räume von grüner Polizei besetzt seien. Ähnliche Meldungen kamen von der anderen rechtsgerichteten Presse. Ich ging zu Herrn v. Kessel, der mich sehr militärisch behandelte, ungefähr wie einen Rekruten, und mir erklärte: „Ich habe das Erscheinen der Presse verboten, ich halte es für das richtigste, daß die Zeitungen für einige Tage nicht herauskommen, damit das Publikum nicht beunruhigt wird. Also kehren Sie um, die Sache ist erledigt, die Presse erscheint nicht.“ (Lebhafte Heiterkeit.) Damit war meine Tätigkeit erledigt. Gleich danach traf ich aber den Abg. Bruhn, der mich mit den Worten empfing: „Wie können Sie sich nur an einer Sache beteiligen, an der Dr. Schiele, der Theoretiker, ebenfalls beteiligt ist, denn dann ist die Sache doch gleich verloren.“

Es werden noch einige Zeugen vernommen, deren Aussage nichts wesentlich Neues ergibt. Bredered wird unvereidigt gelassen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

Für den Weihnachtstisch:  
**DEGEA**  
Heiz- und Koch-Apparate  
besitzen Welt Ruf  
Überall zu haben  
Qualitäts-Preisverhältnisse der  
Zuerst- und Besten-Verfahren Berlin D 17

**Ausnahme-Angebote**

**Bettfedern-Lustig**  
Fabrik  
Gustav Lustig  
Berlin S. \* Prinzenstraße (nur 46)  
Eingang nur unter Glaskuppel!

Daunen- decken rot . . . . 1600.-	Ueber- laken mit Stickerol . 325.-	Ober- betten mit gut. Federn 370.-	Metall-Bettstellen GL 17 mit 30 mm starkem Bügel, Zugfeder- Matratze, hell lack. 1 1/2 schläfrig . . . .	Handtücher Gerstenkörn 19.-	Bettbezüge Oberbett . . 135.-	Kinderbettstellen 320.-
Daunendecken Satin . . . . 2100.-	Kissen mit Stickerol . 125.-	Unterbetten mit gut. Federn 310.-		Handtücher Frotteier . . . 27.-	Kissen . . . . 45.- Homdeutuch	Ankleideschränke 950.-
Daunendecken Oberb. Seide 3900.-	Schlafdecken hal. wolle . . 195.-	Kissen mit gut. Federn 110.-	270.-	Wischtücher Karo . . . . 11.50	Chaiselongues bunt . . . . 525.-	Frisiertoiletten 450.-
Steppdecken 1/2 Satin . . . . 350.-	Divandeen bunt . . . . 210.-	Matratzen grau . . . . 250.-		Laken Wischtücher . 95.-		



## Hochschuldebatte im Landtag.

In der heutigen Landtags-Sitzung wurde nach der zweiten und dritten Beratung und der Annahme des Beschlusses betreffend die Verstärkung des Beamtenstandes des Provinzialhochschullegiums in Berlin die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung fortgesetzt. Behandelt wird zunächst Punkt 2: Universitäten und Hochschulen.

Abg. Wänig (Soz.):

Der Minister hat im Hauptauschuss betont, daß eine große Hochschulreform im Gange sei. Von rein organisatorischen Reformen erwarten wir nicht viel. Es gilt vor allem, den Hochschulen neue Aufgaben zuzuweisen. Der

Klassencharakter unserer Hochschulen muß verschwinden, die Tore zu den Universitäten müssen weit geöffnet werden. Kurse für Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen an die Hochschulen angegliedert werden. Den bildungshungrigen Arbeitern muß der Weg zur Wissenschaft geöffnet werden. Eine stärkere Verbindung zwischen Hochschule und Volksmassen kann nur die Hochschule selbst nur von Vorteil sein. Eine neue Auslese der Geister muß stattfinden. Einzelne Teile der Hochschule müssen stärker ausgebaut werden, vielleicht auf Kosten anderer Abteilungen. So muß vor allem die naturwissenschaftliche Abteilung die stärkste Förderung erfahren. Nicht wir sind es, die den Klassenkampf fördern, im Gegenteil wollen wir die Grundlage des Klassenkampfes, die Klassenunterschiede, beseitigen. In diesem Kampf leben wir nicht lediglich auf die materiellen Interessen, sondern ebenso auf die geistigen und sittlichen Kräfte. Wir eben deshalb verlangen wir, daß der Klassencharakter der Hochschule fällt, damit die Wiederaufrichtung eines neuen und wirklich geschlossenen und einheitlichen Volkes möglich wird.

Minister Boehlig:

Bei der Erörterung des Hochschulproblems müssen zwei Dinge vor allem ins Auge gefaßt werden: die Stellung der Professoren und die Stellung der Studenten. Man nennt unsere Professoren oft reaktionär. Wir verlangen, daß in dem Hörsaal die Politik zu schweigen hat. Das gilt ebenso für rechts wie für links. Wir wollen keinen Bildungsbüffel auf den Universitäten. Wir wollen auch nicht, daß irgendein politisches Aukubensbekenntnis ein Hindernis für die Befähigung an den Hochschulen sein soll. Auch ein Kommunist kann, wenn er die Fähigkeiten besitzt, an einer Hochschule lehren. Unsere Studenten sind nicht weniger reaktionär als unsere Professoren. Es heißt von ihr, sie seien noch ganz in der mittelalterlichen Zeit. Das stimmt nicht. Unsere Studenten von heute haben die wilhelminische Epoche gar nicht richtig gekannt. Unsere Studentenschaft hat einen stark ausgeprägten nationalen Sinn. Sie denkt und glaubt an eine sittliche Lebensgrundlage Deutschlands und beschäftigt sich aus diesem Grunde mit den Ideen des Jahres 1813 und der Romantik. Was unserer Studentenschaft fehlt, das ist vor allem der reale politische Sinn.

Nachdem noch Redner der anderen Parteien gesprochen haben, steht die Aussprache über den Abschnitt Universitäten.

Es folgt die zweite Beratung über den dritten Abschnitt: Provinzialhochschullegium, höhere Lehranstalten usw.

Abg. Frau Jensen (Soz.):

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Schulgleichheit. Da diese Forderung zurzeit undurchführbar ist, fordern wir zunächst wenigstens die Staffellung des Schulgeldes nach der Höhe des Einkommens der Eltern. Die Privatschulen sind erstklassig. Es gibt Privatschulen, an denen sich noch Lehrer mit dem Jahresgehalt von 6000 M. begnügen müssen. (Hört! hört! in den Soz.) Die siebenjährige Volksschule muß das Fundament für die höheren Lehranstalten sein. Die Reifeprüfung als Abschluss der Schulbildung ist durchaus entbehrlich. Wir treten für die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter

in den höheren Schulen ein. Das Verbot von sittlichen Gehren ist nicht erst zu nehmen. Die Nachteile der heutigen Trennung der Geschlechter in der Schule sind viel größer als die eventuellen Nachteile der gemeinsamen Erziehung. Zu den Philosophen usw., denen heute unsere Jugend anvertraut ist, haben wir in Vertrauen. Wir müssen von ihnen verlangen, daß sie die Jugend im Geiste der Republik und im Geiste der Völkerverständigung erziehen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt der Bergverwaltung und den dazu gestellten Anträgen.

Der Haushalt wird entsprechend den Ausschlußbeschlüssen angenommen, ebenso eine Reihe von Entschuldigungen und Anträgen zu ihm.

Das Betriebsrätegesetz soll dahin erweitert werden, daß zur Grubenkontrolle der Betriebsrat hinzuzuziehen ist. Der Aufsichtsrat der Hibernia soll um drei vom Landtag zu wählende Mitglieder erweitert werden. Gefordert wird weiter ein Reichsstaatsknappheitsgesetz, das die Bildung eines einheitlichen Reichsstaatsknappheitsvereins zum Ziele hat. Angenommen wird ferner der Antrag Limberg (Soz.), der beschleunigte Vorlegung eines Reichsberggesetzes von der Reichsregierung verlangt. Eine Reihe von Anträgen geht an den Hauptauschuss.

Sodann wird die Aussprache über die höheren Lehranstalten fortgesetzt. Es sprechen noch Abg. Frau Bronka (Z.), Abg. Frau Behmann (Dn.), Abg. D. Schuster (D. Vp.), Kultusminister Dr. Böllig, der die generelle Koedukation ablehnt, Abg. Schneider (Komm.), Abg. Frau Obertrapp (U. Soz.).

Das Haus vertagt sich. — Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Kultusetat.

## Arbeiterkonferenz für die chemische Industrie

### Für besseren Unfallschutz — Gegen Ententewillfür.

Der Zentralverband der Fabrikarbeiter Deutschlands hatte für den 11. und 12. Dezember nach Frankfurt a. M. eine Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie einberufen, in der besonders die Unfallgefahren in der chemischen Industrie, die das Unglück in Oppau neuerdings wieder grell beleuchtet haben, besprochen und für ihre Verhütung Vorschläge gemacht werden sollten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung Unfallgefahren und deren Verhütung in der chemischen Industrie behandelte Hauptmann. Die Arbeiter der chemischen Industrie seien von Gefahren umgeben, die in anderen Industrien nicht vorhanden wären. Der Verband habe wiederholt Forderungen erhoben. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen seien nicht ausreichend, um die Arbeiter genügend zu schützen. Dazu komme, daß die Unfallverhütungsvorschriften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vielfach nicht beachtet würden. Ueber den Kreis der Unfälle hinaus kämen die Berufsrisikenheiten für die Arbeiter der chemischen Industrie in Betracht.

Während des Krieges war ein rapides Aufwärtstreiben der Unfälle zu verzeichnen, besonders die Zahl der tödlichen Unfälle ist stark in die Höhe gegangen. Aber auch nach dem Kriege hat die Zahl der tödlich Verletzten angehalten. Im Bereiche mit dem Bergbau sind die tödlichen Unfälle in der chemischen Industrie ganz erheblich höher. Das Unglück in Oppau beweist, daß noch vieles zur Verhütung von derartigen Explosionen getan werden muß. Oppau zeigte, daß entgegen allen wissenschaftlichen Erfahrungen in den in Frage kommenden chemischen Stoffen noch Kräfte schlummern, die eine ungeheure Gewalt auslösen können. Die Betriebsräte und Kollegen in der chemischen Industrie müssen ein wachames Auge haben, damit die Unfallverhütungsvorschriften streng beachtet und Unfälle vermieden werden. (Zustimmung.)

In der Diskussion teilte zunächst Abg. Breg einiges über die Tätigkeit des meosen des Oppauer Unglücks eingeleiteten parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit. Die Behauptung in der Presse, der Ausschuss habe seine Arbeit eingestellt, sei falsch. Der Ausschuss arbeite weiter und neben ihm ebenfalls als Untersuchungsausschuss der bayerische Ausschuss und der Arbeiterrot. Ueber das Ergebnis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses könne er noch nichts berichten, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen wäre. Mitteln könne er aber, daß die Gutachter der Auffassung seien, daß Ammoniak allein nicht explosiv ist, sondern nur in Verbindung mit anderen Salzen (Ammonitrat). Das Sprengen der Salze sei sofort verboten worden, man habe nun ein anderes Verfahren vorgezogen, das derartige Unfälle unmöglich mache. Geprüft werde auch die Frage, ob Brämen- und Affordorbet im Zusammenhang mit dem Unglück stehen. Da gingen die Meinungen in dem Ausschuss allerdings auseinander.

In der weiteren längeren Aussprache kamen zahlreiche Delegierte zum Wort, die die Verhältnisse in ihren Betrieben schilderten. Das Brämen- und Affordorbet habe eine große Treiberrolle zur Folge und sei die Hauptursache dafür, daß die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet würden. Vorwürfe wurden gegen Gewerbeaufsichtsbeamte erhoben, die oft allzu sehr die Interessen der Unternehmer verrieten. Verlangt wurde ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Berufsgenossenschaften, auch müßten die Entschädigungssätze erhöht werden. Ein Delegierter aus dem Saargebiet erklärte, daß, seitdem die Franzosen an den Betrieben interessiert wären, dort das Antreiberbestem herrsche. Die gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften würden nicht eingehalten. Ein Mitglied des Betriebsrats des Oppauer Werks bezeichnete als Ursache des Unglücks die sehr starke Vermischung der Salze, die explosiv sind, mit Ammonitrat, das sehr explosiv sei. Daneben wäre das Afford- und Brämenbestem mit Schuld an dem Unglück.

Als Ergebnis der Aussprache nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, in der die gemachten Vorschläge verbichtet sind und u. a. gefordert wird: Verbot der Afford- oder

Brämenarbeit; verschärfte Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden unter Heranziehung von Arbeitern aus dem Berufe; periodische Belehrung der Arbeiter über die Wirkungen und Gefahren der zu verarbeitenden Stoffe.

Ueber den Beschlusse zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sprach Verbandsvorsitzender Breg. Er zerstörte die Legende, daß der Beschlusse den Arbeitgebern zuliebe gemacht sei und die Aufgabe habe, den Arbeitstagen zu beseligen. Der Entwurf stelle sich grundsätzlich auf den Achtstundentag. Er lasse wohl auch Ausnahmen zu, die aber teilweise schon bestehen. Es sei Aufgabe der Interessenten, dafür zu sorgen, daß keine Verschlechterungen eintreten. Der Verband halte an dem Achtstundentag fest. Der Vorsitzende stellte als Ansicht der Konferenz fest, daß die Arbeitervertreter alles tun werden, um zu verhindern, daß das Gesetz für die Arbeiter Verschlechterungen bringe.

Das Thema „Die chemische Industrie auf dem Weltmarkt unter Berücksichtigung der Entente“ behandelte Bruns-Berlin. Er besprach die Maßnahmen der Entente gegen deutsche Werke. Auf Grund des Friedensvertrags verhalte die Entente einen Teil der deutschen Industrie zu vernichten oder stark einzuschränken. Der Redner unterbreitete eine Entschließung, mit der sich auch der Bundesvorstand einverstanden erklärte und die besagt:

„Die Konferenz protestiert auf das entschiedenste gegen die von der Entente-Presse neuerdings propagierten Zwangsmassnahmen gegen die deutsche chemische Industrie, die immer wieder als eine ständige Bedrohung für die Nachbarländer und als eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden hingestellt wird. Wenn die von einem Teil der Entente-Presse geforderten Eingriffe in das deutsche Wirtschaftsleben durchzuführen werden, so müßten fast die Hälfte der chemischen Betriebe stillgelegt und dadurch mehr als hunderttausend Arbeiter brotlos werden.“

Die fortgesetzten Angriffe gegen die deutsche chemische Industrie sind sinnlos und lassen sich nur damit erklären, daß hinter diesem Treiben privatwirtschaftliche Interessen einzelner Industriezweige in den Ländern der ehemaligen Gegner stehen. Die Konferenz erklärt alle diese Verhätigungen gegen die deutsche chemische Industrie schon deshalb für gänzlich hinfällig, weil die Arbeiterschaft der chemischen Betriebe sich selbst mit allem Nachdruck jeder Fabrikation von Kriegsmaterial widersetzen würde.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

## Fürs Weihnachtsfest der Märzopfer.

Auf unsere Bitte, für die Familien der Märzopfer einen kleinen Weihnachtsbesuch zu bereiten, gingen bisher weiter ein: Langmann 50.—, Kulich 10.—, R. S. 10.—, Dr. med. Uchler 10.—, J. Rohlsdorf 10.—, R. Eisner 5.—, Schröder 11.—, H. Richter, Kaufdorf, 25.—, Keppler 10.—, Buddin 1.—, J. u. B. 100.—, Fröh 10.—, G. u. E. Heinrich 20.—, Joseph Hecht 25.—, Willi Lorenz 20.—, Schwerdt 20.—, Angestellte der „Vorwärts“-Hauptredaktion 215.—, Dagobert Köppl 10.—, Schriftföher W. B. 10.—, Sozialdem. Männerchor, Friedrichshain, 151.—, Rißter 15.—, Ludwig 32.—, Angestellte der freien Hilfskasse 50.—, Böhm 25.—, Buchbrucker O. Dremlj 211.—, M. H. 10.—, Juliusburger, 10.—, Standte, Rantwih, 10.—, Chemigraphen A. Scherl 54.—, Die Wäcker der Weinstuben Kempinski u. Co. 40.—, Martha u. Robert B. 15.—, Paul S. 5.—, aus Einnahmen von Otto Brauns nachgelassenen Schriften 1000.—, Berliner Trinität 10.—, Zuschauer dabei 5.—, Generalsammlung der Metallarbeiter, SPD-Fraktion, 218.—, Summa 2433 M. Insgesamt 7802 M.

Zahlungen werden auf Postcheckkonto 37536, Vorwärtsverlag G. m. b. H., unter dem Kennwort „Märzopfer“, in der Expedition des „Vorwärts“, Laden, Lindenstr. 3, im Sekretariat des „Vorwärts“, Sekretariat der SPD, Neuföllu, Sägerstr. 66, von 4—6 Uhr, Vorwärtsredaktion Redakt. 2. und Siegfriedstr. 28/29, angenommen. Die Quittungen werden täglich veröffentlicht.

Genossinnen, Genossen! Gebt, was Ihr könnt, vor allem aber gebt rasch!

Redaktion des „Vorwärts“.

## Arbeitersport.

### Gründung eines Arbeiter-Anglerbundes.

Der in Breslau bestehende, über 400 Mitglieder starke Arbeiter-Anglerverein, der auf dem Boden der modernen Arbeiterschmzung steht, hat beschlossen, einen Arbeiter-Anglerbund zu gründen. Wir bitten alle Vereine, die die Notwendigkeit zur Gründung eines solchen Bundes einsehen oder sich sonstwie dafür interessieren, sich an den Vorsitzenden des Breslauer Vereins, den Genossen A. Butowski, Breslau X, Pilsnacherstraße 21, zu wenden. Alle Parteibüchlein werden um Nachdruck gebeten. Arbeiter-Sportklub „Vorwärts“. Am 15. Dezember wird unser Spießkopf nach Cudener Str. 23 bei Uherling verlegt. Jeden Donnerstag, 7 Uhr abends, Spielabend. Dasselbst jeden Sonntag ab 10 Uhr freier Schachpartie. Gäste stets willkommen.

GEGRÜNDET 1815 + BERLIN C + KÖNIGSTRASSE + SPANDAUER STR.

# Großer Weihnachts-Verkauf

<b>Damenkleidung</b> Bluse gestreift, Stoff halblod. hochgeschl. 45.- Kleid a. reinwoll. Cheviot, bestickt 445.- Flosch-Mantel in dunklen Farben 490.- Gummi-Mantel 500.- Regenhut Gummi 95.- Wildlederhut 260.- in vielen Farben	<b>Damenwäsche</b> Taghemd m. Ein- satz und Langette 33.- Taghemd m. Ein- satz und Ansatz 69.- Nachthemd vier-eckig m. Ansatz 98.- Beinkleid mit Ansatz 45.- Prinzessrock m. Eins. u. Ansatz 110.- Untertaille Madra- polam m. Hohlsaum 19.75	<b>Kleiderstoffe</b> Samtflanell bedruckt... Mtr. 19.50 Kleiderschotten vorzügl. halbwoll. Qualität... Mtr. 55.- Reinwoll. Streifen letzte Neuheit f. Kleid. u. Röcke, 105 cm Mtr. 95.- Blusen-seide gestreift oder kariert... Mtr. 49.- Kleider-seide doppeltbreit 138.-	<b>Gardinen</b> Halbvorhang Erbstüll m. Bändch. Etamin mit breitem Fries 79.- Tüll-Garnitur gewebt... 105.- Etamin-Garnitur buntfarbig... 170.- Bettdecke gewebter Tüll für 2 Betten 190.-
<b>Schürzen</b> Schmuckschürzen mit Trägern, Batist mit Einsatz und Ansatz 25.- Wiener Form, ge- streifter Gingham 33.- Wiener Form, Batist reich mit Stickeret 42.- Blusenschürze ausgestr. Gingham 36.- Kleiderschürze mit halben Ärmeln, blau-weiß Kreton 85.-	<b>Strumpfwaren</b> Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz 8.75 Damen-Strümpfe Seidenflor, schwarz oder weiß... 34.50 Damen-Strümpfe Reinwolle, schwarz 46.50 Herren-Socken Reinwolle vorzügl. Qualität, schwarz 28.50	<b>Lederwaren</b> Besuchtasche mit Moiréfutter 29.50 Damentasche braun, us-schwarz 62.- Damentasche schwarz, m. bez. Bög 95.- Manikurkasten m. gutem Material 39.50 Nähkasten m. Atla- s-futter, Garn und Nadeln 58.-	<b>Decken</b> Tischdecke Kochelleinen m. farb. Schnur 225.- atick, 150x180 cm Schlafdecke Halbwolle, grau meliert mit Streifenkante, 150x200 cm 160.- Daunen-Steppdecke aus bunt bedrucktem Satin m. Batist-Linl., 150x200 cm 2700.-
<b>Küchentuch</b> weiß mit roten oder blauen Karos Größe 57x57 cm 9.75	<b>Handschuhe</b> Reinwoll. gestrickt, farbig, weiß, schwarz, für Damen 23.50	<b>Elektr. Bügeleisen</b> vernickelt, mit Zuleitung 145.-	<b>Korbessel</b> Klobform mit dichtgeföchte- nem Sitz... 160.-
<b>Damen-Sportjacke</b> Re-woollener Trikot, grün, stabilblau, mode- braun, terra 395.-		<b>Kamelhaar-Schuhe</b> mit Ledersohle Damen-Größe 41.- Herren-Größe 48.-	

Sonntag, den 18. Dezember, von 1 bis 6 Uhr geöffnet!

